

TATblatt

MINUS 25 NUMMER (14/92) 16. SEPTEMBER 1992 PREIS: öS 15,—

Widerstandscamp gegen Flüchtlingsjagd in Ostösterreich Durchlöcherung der Festung Europa

(Seite 10)

Foto: "Grenzspaziergang"



Materialiensammlung zu Rostock

Nach dem Pogrom in Rostock ist es für uns nicht möglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Wir haben versucht, Informationen zugänglich zu machen, die nicht aus den Massenmedien zu erfahren waren, und dabei so nah wie möglich am Geschehen zu bleiben.

Im einzelnen sind das:

Interviews und Augenzeugenberichte von Menschen, die vor Ort waren; die Presseerklärung der AntifaschistInnen, für deren Festnahme dann plötzlich genug Polizeikräfte in Rostock vorhanden waren; ein Artikel über deutsche und österreichische Faschisten, die in Rostock involviert waren; ein Interview mit Jona, der im Mai von Rassisten aus dem vierten Stock eines Wohnheimes geworfen wurde. Ab Seite 3

Freiheit für Clemens!

Am 12. September demonstrierten in Wien mehrere türkische Gruppen und österreichische GenossInnen anlässlich des 12. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei. Die Polizei griff die Demo mehrmals an und verprügelte und verhaftete schließlich unseren Freund Clemens. (mehr darüber: Seite 2)

Soli-Demo:

**Mittwoch, 16. 9., 17 Uhr
UNI-Rampe Wien**

Am 12. September jährte sich zum 12. Mal der Tag des bislang letzten Militärputschs in der Türkei. In Wien nahmen das mehrere türkische Gruppen zum Anlaß, gemeinsam eine Demonstration gegen das faschistische System in der Türkei zu organisieren.

Wochenendspaß für Polizisten

Im Hauseingang prügelt sichs besser!

(TATblatt Wien)

Bemerkenswert: Ein Riesenaufgebot an Polizei (so an die 300 Stück), die schon von Anfang keine Chance auf Wickel ausließen:

- Die Eingänge des Parks, in dem sich die 500 DemonstrantInnen getroffen hatten waren mit Gruppen von 10 bis 15 Polizisten verstellt. Wer zum Sammlungsort wollte, mußte durch diese Meute durch und sich deren Beschimpfungen anhören.

- Polizisten "mischten" sich in Zweier- und Dreier-Gruppen unter die Menge und pöbelten die Leute an.

- Der Polizei-Video-Trottel und sein Photographen-Freund gehen unter die DemonstrantInnen und machen Paßfotos.

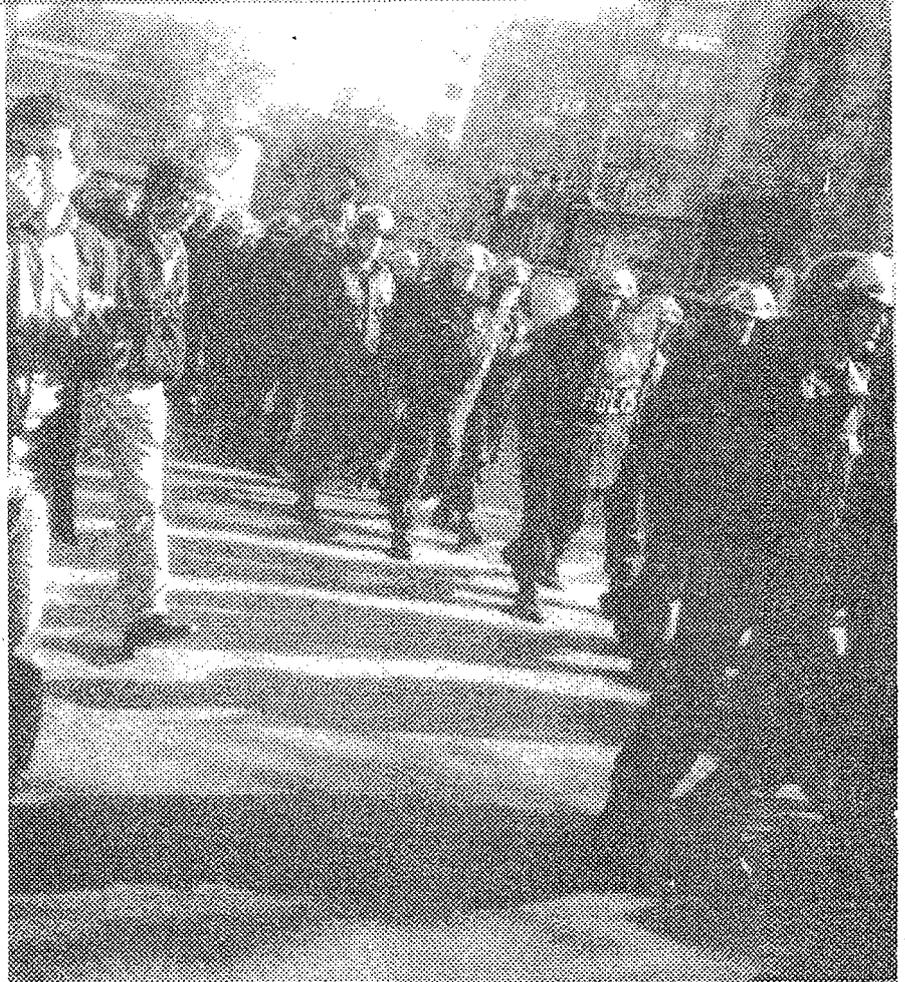
Hatten sich bisher die Polizeipöbeleien immer gegen die Menschen ohne österreichische Staatsangehörigkeit gerichtet, so waren an diesem Samstag Vormittag die österreichischen TeilnehmerInnen mindestens ebensolcher Aggression ausgesetzt. Der Videot und seine Helfershelfer jedenfalls umzingelten die ÖsterreicherInnen, bis diese sich mittels Transparenten — sehr effektiv — zur Wehr setzten. Und die polizeilichen Faschosprüche waren an die ÖsterreicherInnen gerichtet:

- "Merk't's ihr net, daß mir in Österreich san."
- "Der weiß ja net amoi, warum er da mitmarschiert."
- "Es seids ja alle Schwindlige; euch moch ma alle no ein...."

Es lag also etwas in der Luft und wartete nur mehr auf den konkreten Auslöser.

Der kam dann in der Thaliastraße auf der Höhe des Brunnenmarktes. Dort hatten sich viele — vor allem türkische und kurdische Schaulustige versammelt. Ein "Sieg Heil"-Rufer am Rande bekommt eine aufgelegt — und die Polizei macht Jagd auf den Disc-Jockey. Der verschwindet in der Demonstration, ist für die Beamten unerschbar. Der Zug geht weiter bis die Verstärkung eintrifft und die DemonstrantInnen frontal angreift. Als sich ein Gerangel um ein Transparent zu Gunsten der türkischen TrägerInnen zu entwickeln droht, suchen sich die Polizisten ein neues Ziel. Solidarische ÖsterreicherInnen werden attackiert, wieder befreit, wieder angegriffen, Nierentritte, Faustschläge usw.....

Am Ende konzentrieren sich die Beamten auf das, was sie leicht erreichen können: Unter dem Motto "lieber ein Spatz in der Hand als eine Taube auf dem Dach" benutzen vier Alärmis den 20-jährigen Clemens als Sitzgelegenheit bzw. Fußabstreifer und



türkische Polizisten gegen DemonstrantInnen in Istanbul

legen ihm Handschellen an. Und ab gehts in den nächsten Hauseingang.....

Anlässlich einer Demonstration zur Menschenrechtssituation in der Türkei gibt uns die Wiener Alarmabteilung quasi eine Live-show in Sachen "Scheiß dich nix" a la Türkei. Jedenfalls ist Clemens nicht unverehrt im Kommissariat Ottakring angekommen, wie selbst die dortigen Auskunftserteiler eingestehen mußten.

Am Abend des Samstag wurde Clemens ins Landesgerichtliche Gefangenenhaus überstellt, wo Montags wahrscheinlich die Untersuchungshaft verhängt werden wird. Vorgeworfen wird ihm Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwere Körperverletzung (die wird immer angenommen, wenn beispielsweise ein Kiberer einen Kratzer hat oder einen blauen Fleck). Ein Vorwurf, für den ein nicht einschlägig Vorbestrafter niemals in U-Haft kommen würde, und genau das läßt wiederum Rückschlüsse auf Cle-

mens' momentane körperliche Verfassung zu: Die Zeit in U-Haft heilt bekanntlich alle Wunden.....

Freiheit für Clemens!!!

DEMO:

Mittwoch, 16. Sep.

17 Uhr

UNI-Rampe

(von dort gehen wir zum Landl

Bringt viel Power und Lärm mit!!!

Materialiensammlung zu Rostock

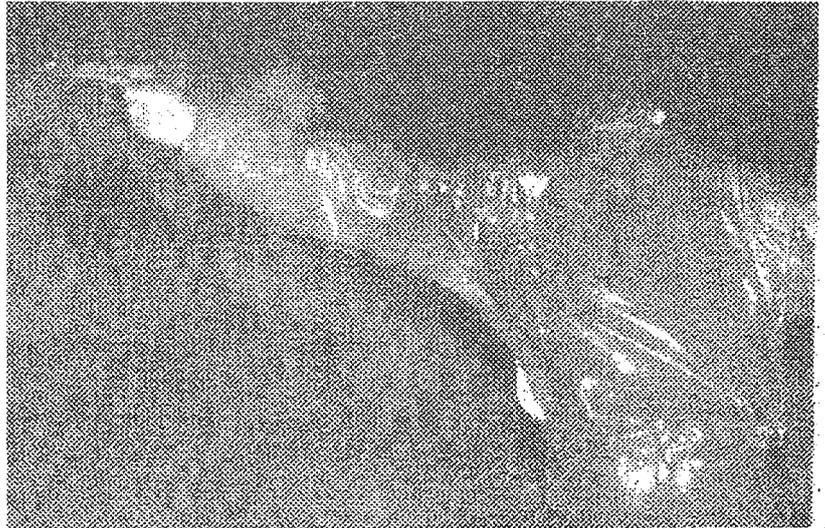
Nach dem Pogrom in Rostock ist es für uns nicht möglich, einfach zur Tagesordnung überzugehen. Wir haben versucht, Informationen zugänglich zu machen, die nicht aus den Massenmedien zu erfahren waren, und dabei so nah wie möglich am Geschehen zu bleiben.

Im einzelnen sind das:

- Interviews und Augenzeugenberichte von Menschen, die vor Ort waren;
- die Presseerklärung der AntifaschistInnen, für deren Festnahme dann plötzlich genug Polizeikräfte in Rostock vorhanden waren;
- ein Artikel über deutsche und österreichische Faschisten, die in Rostock involviert waren;
- ein Interview mit Jona, der im Mai von RassistIn aus dem vierten Stock eines Wohnheimes geworfen wurde.

Die Auseinandersetzung mit dem Rassismus in der BRD und vor allem in der ehemaligen DDR — der auch an Österreich nicht spurlos vorbeigeht — soll fortgesetzt werden. So zum Beispiel im nächsten Tatblatt mit einem Text zu KontraktarbeiterInnen, wie es beispielsweise die 150 Menschen aus Vietnam waren, die aus dem brennenden Wohnheim in Rostock flüchten mußten.

Zu diskutieren wird auch der Zusammenhang sein, in dem die Ereignisse stattfanden. Zum einen die vielen Solidaritätsaktionen in vielen Städten, die in einer Demonstration in Rostock mit 20.000 Menschen am 29. August gipfelten, während aber verhältnismäßig wenige Menschen versuchten, direkt in das Geschehen einzugreifen. Zum anderen die Vielzahl und Brutalität faschistischer Angriffe, deren Spitze Hoyerswerda, Mannheim, Rostock sind, wobei aber viele rassistische Angriffe unter dem medialen Wasserspiegel bleiben und bestenfalls lokale Bekanntheit erlangen. ●



“Es ist schlicht und ergreifend gewollt”

Dieses Interview wurde mit einem Berliner Antifaschisten vom Di, 25. August per Telefon geführt. In der Nacht darauf brannte die ZAST Rostock, 150 Menschen konnten nur um Minuten ihr Leben retten.

(Radio TU)

Du wolltest uns was erzählen über die Vorfälle der letzten Tage in Rostock. Kannst Du uns was erzählen, wo Deine Informationen her sind, ob Du vor Ort warst oder was da vorgefallen ist? ...

Das ist zusammengetragen aus eigenen Beobachtungen, die letzte Nacht angestellt wurden, das ist zusammengetragen aus Pressemeldungen, aus Meldungen, die wir vor Ort erhalten haben. In den Nächten von Samstag auf Sonntag und von Sonntag auf Montag haben bis zu 2.000 Bürgerinnen und Bürger ... ca. 500 rechtsradikale Jugendliche, Skinheads, Hooligans, organisierte Neonazis [angefeuert], die ein zentrales Sammelager in Rostock für Flüchtlinge angegriffen haben. Das Heim ist das zentrale Sammelager für Mecklenburg-Vorpommern, die Flüchtlinge werden von dort aus weiterverteilt über andre Lager in Mecklenburg-Vorpommern, und ist ein zehnstöckiger Dreiblockbau, der mitten in einer realsozialistischen Plattenbausiedlung steht, in Rostock-Lichtenhagen. Täglich kommen ca. 80 neue Flüchtlinge hinzu. Doch die Stadt hat ... vorletzte Woche aufgehört, Flüchtlinge auf andre Heime zu verteilen, so daß dieses Heim überfüllt ist. Vom Land

Mecklenburg-Vorpommern werden jedoch weiter immer wieder Flüchtlinge zugewiesen, so daß die Flüchtlinge letztendlich nur noch vorm Haus auf der Grünfläche kampieren konnten, was zu unhaltbaren hygienischen Zuständen geführt hat, und die Anwohnerinnen und Anwohner aufgebracht hat.

Ende letzter Woche gabs dann in der lokalen *Ostseezeitung* einen Artikel, in dem aufgerufen wurde, das “Asylproblem selber in die Hand zu nehmen”. In der *Ostseezeitung* wurden bereits am 20. 8. erste Angriffe auf das Heim gemeldet. Für Samstag mit einer Anzeige in der *Ostseezeitung* zu einer Demonstration gegen das deutsche Asylrecht — so der Titel der Demo — aufgerufen. Dazu kamen ca. 300 bis 500 Leute. Im Anschluß an diese Demonstration warfen ca. 50 bis 100 Rechtsradikale, Jugendliche, Skinheads, Hooligans Steine aufs Heim. Das war so der erste massive Angriff, der auch getragen wurde von der Bevölkerung größtenteils. Maßgeblich unterstützt oder initiiert ... wurden die Rechtsradikalen durch eine sogenannte Bürgerwehr. Die Flüchtlinge haben sich zu Anfang noch erfolgreich verteidigen können. Es sind im Flüchtlingsheim vietnamesische Leute untergebracht, sowie Ro-

ma und Sinti und Menschen aus Rumänien.

Die Polizei hat sich während des ersten Angriffs, der nach der Demo erfolgte, zurückgehalten, hat nichts gemacht, hat zugekuckt, und die Situation — so wie wir es beurteilen können — gezielt eskalieren lassen. Das eskalierte dann so weit, daß im Laufe des Abends ca. 1.500 bis 2.000 AnwohnerInnen den Abendspaziergang so weit verlegten, daß sie vors Heim zogen und die Leute anfeuerten, die dann mittlerweile auf 500 angestiegen sind ... Unter den AnwohnerInnen bzw. dem Mob, der die rechtsradikalen Leute angefeuert hat, wurden viele Leute erkannt, die auch der rechtsradikalen *Deutschen Volksunion* angehören. Das kann man aber nicht sagen, daß die *Deutschen Volksunion* das Ganze mit vorbereitet hat. Ende des ganzen Spektakels der ersten Horrornacht von Samstag auf Sonntag war gegen 6.00 Uhr am Sonntag morgen, nachdem mehrmals Wasserwerfer eingesetzt werden mußten und Tränengas geflogen ist. Das Tränengas ist meistens in die Richtung der Polizei zurückgeschmissen worden.

Am Sonntag gabs eine fast identische Situation. Bereits zu Mittag begannen über 100 Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das Ganze dann zu einem volksfestähnlichen Spektakel — es war absoluter Horror, wir wußten selber nicht mehr, wie man da was machen kann, es fehlte nur mehr ein Kettenkarussell, eine Pommesbude und Zuckerwatte, die verkauft wird. So einen Volksfestcharakter hatte dieses ganze Szenario dort. Es war alles auf den Beinen, von zehn bis siebzig Jahre alt, und hat gegafft beziehungsweise unterstützt. So weit unterstützt, daß sich Leute vor rechtsradikale Jugendliche gestellt haben, die einige Meter von der Polizeiabsperrung Molotowcocktails in Bierkisten umgefüllt haben. Teilweise wurden Molotowcocktails auch vorbereitet ... aus den Kofferräumen von Autos herangeschleppt. Der Einsatzleiter vor Ort, ein Herr Weucke [?] erklärte am Telefon: "Das ist Bürgerkrieg." Er hat seinen Beamten am Sonntag abend freigestellt, den Einsatz zu quittieren. Er hat keinerlei politische Unterstützung mehr bekommen von Seiten der Regierung. Es ist so gut wie keine Unterstützung aus dem Bundesgebiet, aus dem westlichen Bundesgebiet gekommen. Es gab eine Bundesgrenzschutzeinheit mit hundert Mann, die zur Unterstützung gekommen ist, aber vollkommen uneffektiv dort war. Etliche Polizisten sind in den beiden letzten Nächten schwer verletzt worden. Einer davon mit schweren inneren Verletzungen, der ist mit einer Eisenstange zusammengeschlagen worden von dem Bürgermob ...

Aus Rostock selber wurde im Laufe des Sonntags vormittags — nachdem abzuse-

hen war, es wird eine zweite solche Horrornacht geben — in ganz Norddeutschland bis hin nach Berlin mobilisiert. Es sind aus Städten wie Hamburg, Lübeck, Kiel im Laufe des Sonntags dann mehrere hundert Leute nach Rostock gefahren, um dort die Flüchtlingsheime zu verteidigen — im Prinzip die Aufgabe zu machen, die die Polizei machen hätte müssen.

Es gab mehrere Versuche im Laufe des Abends, gegen den Bürger- und Faschistenmob anzugreifen. Die sind aber alle gescheitert, weil mit zweihundert Leuten hat man sich nicht in der Lage gefühlt, gegen

zweitausend frenetische deutsche Bürger anzugreifen, da war nichts zu machen. Gegen 1.00 Uhr ist zum zweiten Mal ein Konvoi von ca. 200 Leuten nach Lichtenhagen rausgefahren. Die hatten eine kurze Besprechung im Jugendzentrum gehabt. Ein Teil dieser 200 Leute hat eine Kundgebung dort abhalten können. Der andre Teil der Leute, die hochgefahren sind, sind dort in der Gegend herumgegangen, herumgezogen und haben anders aktiv eingegriffen in das Geschehen. Sei es, daß Leute, weil sie eindeutig zu identifizieren waren als Rechtsradikale ... wurden zum Teil verhaften, zum andern wurden sie einfach weggeschickt. Die Polizeikräfte, die dann im Laufe der Nacht ab 12.00 Uhr ungefähr aus Hamburg und dem restlichen Bundesgebiet und Norddeutschland, per Hubschrauber eingeflogen wurden, hatten dann natürlich nix besseres zu tun als ca. 120 Leute von diesen antifaschistischen Leuten festzunehmen. Festgenommene Personen waren aus Rostock, Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin, teilweise sogar aus Karlsruhe. Die sind alle ED-behandelt [Anm.: Fotos und Fingerabdrücke] worden, die 120 Leute, und haben den Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs bzw. Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Die Polizei hat an der Kundgebung Leute festgenommen,

Er fand es ebenfalls unmöglich, daß deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländerinnen und Ausländer zu schützen.

hat Leute, die umhergelaufen sind, festgenommen, hat Leute gezielt an ihren Autos, die sie geparkt haben noch am großen Parkplatz festgenommen, oder, als sie in die Stadt zurückfahren wollten, haben sie aus den Autos rausgezogen. Bis 13.00 Uhr heu-

te waren 80 Namen dem Ermittlungsausschuß in Rostock bekannt.

Den politisch Verantwortlichen ist es nicht möglich — oder die wollen das einfach nicht —, genügend Beamte zum Schutz des Asylantenheimes ... dorthin zu schicken. Ganz im Gegensatz dazu, wo vor drei, vier Wochen eine Kundgebung der rechtsradikalen *Deutschen Volksunion* in Rostock war, da wars überhaupt kein Problem, über tausend Beamte auf die Beine zu bekommen, um die antifaschistischen Leute quer durch die Stadt zu jagen. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lothar Kupfer, hat zu diesen Vorfällen nur bemerken können, daß er die Rechten durchaus verstehen könne, und daß das sowieso beschlossene Sache sei, das Heim am 1. September zu schließen. Dann hat er sich noch die Meinung des Pöbels vor Ort zu eigen gemacht: Er fand es ebenfalls unmöglich, daß deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländerinnen und Ausländer zu schützen. Der Staatssekretär von Mecklenburg-Vorpommern hat ebenfalls vollstes Verständnis für den Mob, und "den Bewohnern ist in der letzten Zeit viel

...sich Leute vor rechtsradikale Jugendliche gestellt haben, die einige Meter von der Polizeiabsperrung Molotowcocktails in Bierkisten umgefüllt haben.

zugemutet worden", womit gemeint ist, die hygienischen Zustände — daß die Leute vor m

Heim kampieren mußten, weil die Stadt Rostock sich geweigert hat, die Flüchtlinge weiter auf andre Lager zu verteilen. Heute mittag standen erneut 50 bis 100 rechtsradikale Jugendliche vor dem Heim, kommen allerdings nicht mehr ganz heran, weil der Bundesgrenzschutz etwas weiträumiger absperrt hat als nur 20 Meter, wie es in den letzten Abenden der Fall war. Es ist davon auszugehen, daß es heute nacht wieder dort zu Eskalationen kommen wird. Von den Bürgerinnen und Bürgern in Rostock wird zu 50 Prozent der ganze Vorfall begrüßt — "es muß ja endlich mal was passieren" ist dort das Thema —, die andern 50 Prozent schämen sich, finden sich aber nicht in der Lage, aus dem Haus zu gehen, um dort ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern was zu erzählen, wie schweinschisch sie sich im Prinzip verhalten. In allen norddeutschen größeren Städten wird mobilisiert von antifaschistischen Leuten, um heute nacht einen erneuten Angriff auf das Flüchtlingsheim zu versuchen zu verhindern. Es gibt auch in mehreren norddeutschen Städten wie Berlin und Hamburg Solidaritätsdemonstrationen mit Rostock, Autokonvois nach Rostock sind schon unterwegs. ...

Dieses ... Flüchtlingsheim, was war das früher? War das ein Hotel, eine Kaserne oder...

Nein, da haben ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen gewohnt, die per Ar-

beitsvertrag zum Teil aus Vietnam in Rostock gearbeitet haben. ... Heute sind zum Teil auch Büros drinnen. ...

Habt ihr eine politische Analyse darüber, daß nach dem staatlich verordneten Antifaschismus sich die Leute auf einmal total faschistisch gebärden, woher kommt das?

Ich war noch nie in Wien. Ich denke mir aber, es wird dort ebensolche Plattenbauten-Wohnsilos geben, die reine Schlafstädte sind. — Ja, am Stadtrand... — Das ist auch dort in Rostock ganz am Stadtrand. Dort in diesen Plattenbau-Wohnsiedlungen ist eine verdammte hohe Arbeitslosigkeit. Die Treuhand hats wirklich geschafft, fünfzig Prozent der arbeitenden Bevölkerung unter anderem auch in Rostock auf die Straße zu schmeißen. Es ist kein Phänomen mehr, es ist Tatsache und fast schon normal, daß Leute einfach dann nach unten treten. Und jetzt haben sie dann kampierende Flüchtlinge, die vor ihrer Haustür kampieren, das

Die Hysterie, die durch die Medien geht, Politiker, die überschlagen sich förmlich mit Vorschlägen, hier ausländische Leute rauszuschmeißen.

sind unhaltbare Zustände, das muß ich auch sagen, es sind einfach unhaltbare Zustände. Auf die kann man aber nochmal treten, da kann man sagen, die kommen hierher, die kriegen irgendwie Sozialhilfe, die kriegen Geld — was nicht stimmt. Aber das ist den Leuten erstmal egal, da greifen die Rechten wieder mit rein, machen total Propaganda. Siehe zum Beispiel diese Bürgerwehr, wo noch genauer gekuckt werden muß, wie ist die personell besetzt, wohin hat die Verbindungen, zu welchen Organisationen oder Parteien? Das ist in der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen. Und daß dort genau in solchen ... Schlaf/Wohnsilos es derartig eskaliert, ist kein Wunder. Es ist ... unserer Meinung nach, die wir hier letzte Nacht und gestern Abend schon die ganze Zeit diskutiert haben — es ist gewollt. Es ist schlicht und ergreifend gewollt. Heute ist es kein Zufall, daß es in den letzten Nächten passiert ist. ... Von Bundesregierungsseite oder Bundesratsseite das neue Asylverfahrensgesetz, was hier verabschiedet werden soll, wird heute diskutiert. Es ist kein Wunder, daß es in der Nacht, in den Nächten zu heute, derartig eskaliert, daß es über die bundesdeutschen Grenzen hinaus Wellen schlägt — das ist einfach gezielt. Die Hysterie, die heute durch die Medien geht, Politiker, die überschlagen sich förmlich mit Vorschlägen, hier ausländische Leute rauszuschmeißen. Es ist nicht mehr zu fassen. Und es ist einfach ein Ding gewesen, wo man sagen kann, es ist durchaus nicht unbedingt nur von Rechtsradikalen vorbereitet gewesen. Sondern ein Stück weit ist es Kalkül gewesen, daß das Land Mecklenburg der Stadt immer Flüchtlinge und Ausländerin-

nen zuweist, die Stadt Rostock sich weigert, die weiter zu verschieben in andre Heime. Wo diese Praxis selber auch nochmal sehr

Die andern fünfzig Prozent schämen sich, finden sich aber nicht in der Lage, aus dem Haus zu gehen, um dort ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erzählen, wie schweinisch sie sich verhalten.

kritisierenswert ist, da die Leute in den Heimen keinerlei soziale Bindung untereinander aufbauen können, sondern höchstens zwei Tage in den Heimen bleiben und dann weitergeschoben werden, quer durchs Land Mecklenburg-Vorpommern. Das eskaliert so weit, daß die Leute nicht mehr im Heim Platz haben. Die haben auf den Gängen gelegen und sonstwo, mußten dann kampieren, die Leute haben sie wieder vor der Nase. Es ist ein Kreislauf, der in unseren Augen gewollt war. ...

Wir haben hier auch ein verschärftes Asylgesetz, aber es ist so, daß hier in Wien wesentlich mehr Jugoslawien-Flüchtlinge, also von beiden Seiten, ob Serben oder Bosnier, privat untergebracht sind, als wie von offizieller Stelle aus.

Diese Initiative gabs hier auch, zusam-

men mit der *tageszeitung* und in Zusammenarbeit mit den Grünen/Bündnis 90, gab es hier eine Initiative, daß private Unterkünfte organisiert wurden. Diese Initiative ist vom Senat zwar begrüßt worden, aber ablehnend behandelt worden. Die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien, die werden hier in Sammellager gepackt, die sollen so gut wie keinen sozialen Kontakt zur Bevölkerung hier bekommen, die werden in Lagern gehalten, denen wird gesagt, wenn der Krieg vorbei ist, fliegt ihr alle sofort zurück. Zum Teil wollen die auch in ihre Heimat zurück, wollen ihre Dörfer, Städte wieder mit aufbauen, ist ja selbstverständlich ...

Die Initiative ist von Senatsseite aus nicht aufgegriffen worden, die Leute privat

Und es ist einfach ein Ding gewesen, wo man sagen kann, es ist durchaus nicht unbedingt nur von Rechtsradikalen vorbereitet gewesen. Sondern ein Stück weit

unterzubringen, weil die Leute dann private Kontakte knüpfen könnten. So wie in Österreich der Fall ..., ist es hier nicht denkbar. Es gibt einzelne Patenschaften, wo zwei, drei Familien hingehen und sagen, wir gehen jetzt mit zehn Kindern in den Zoo. Das ist alles, die müssen abends wieder geschlossen im Heim sein. Da wird um zehn das Tor abgeschlossen, halb elf das Licht ausgemacht, alles schön deutsch-preußisch, ordentlich...

Augenzeugenbericht:

Chronologie

der Nacht von 25. auf 26. August

Die Situation draußen: Fünf Hundertschaften Polizei, zwei Wasserwerfer — rund tausend Nazis, drei- bis viertausend Zuschauer. Die ZAST (Zentrale Aufnahme-stelle für AsylbewerberInnen) ist leer; nach wie vor wird aber das Wohnheim angegriffen, das zum gleichen Block gehört und in dem sich noch rund 150 Menschen aus Vietnam befanden.

19.30: Aufzug der Polizei, konzentrieren sich auf den Mittelstreifen der Stadtautobahn, eine Kette um das Heim gebildet.

20.00: Hinter dem Heim keine Polizei mehr. Konzentration vor der Kaufhalle parallele Straße zur Stadtautobahn gesichert.

20.30: Angriff des harten Kerns der Nazis von der S-Bahnbrücke aus (ca. 200), gleichzeitig Angriffe aus Richtung Parkplatz (auch ca. 200) und gleichzeitig Kaufhalle umgangen aus Richtung Euthiner Str. (ca. 500), der Rasen vom Wohnheim wird besetzt, Zuschauer, Motorrad-Gang, 100 Nazis, Polizei hat keine Rückendeckung, ist eingekesselt, verschanzt sich hinter den Schildern.

21.00: Versuch eines Gegenangriffs von der Polizei, eine Hundertschaft versucht von Groß-Klein¹ aus die Brücke zu räumen, ziehen sich zurück, gleichzeitig zwei Wasserwerfer von der Kaufhalle zur Brücke abgezogen, die sind abgeschnitten durch die Nazis vom Parkplatz, Wasserwerfer ziehen sich zurück Richtung Stadt, Polizei ist hilflos, zieht sich zurück, Ausgang des Vietnamesenwohnheims wird von 30 militante Skins besetzt, 500 Nazis schmeißen Steine und Mollis unter Beifall der Zuschauer, Eingang ist platt, erste Etage brennt, ein Wachmann geht runter und löscht, nach einer Viertelstunde kommt die Feuerwehr, kann aber nicht löschen, weil sie von allen Anwesenden bedrängt wird, kamen rein ins Gebäude und erklärten dem Wachmann, wo er löschen soll und zogen wieder ab, der Nazi-Mob rückte hinterher, Wachmann rettete sich unter Einsatz des Feuerlöschers, ZAST völlig in Flammen, kaum möglich, sich auf dem Treppenhaus zu bewegen.

22.00-22.30: Vietnamesen-Wohnheim

bis zum achten Stock von Nazis demoliert und kleinere Brände, bis dahin war kaum Polizei zu sehen (20 passiv auf der Brücke, eine Hundertschaft in Groß-Klein), Feuerwehr appelliert, daß sie löschen darf.

23.00 Uhr: Feuerwehr kommt mit drei bis vier Wagen durch, zehn bis fünfzehn Feuerwehrleute versuchen, Leute aus dem Haus zu retten, ein körperbehinderter Wachmann liegt ca. 20 Minuten im Qualm und wird von der Feuerwehr aus dem Haus geholt.

Rückzug der Vietnamesen in das Treppenhaus des Nachbarhauses, der Ausländerbeauftragte hat verzweifelt versucht, die Polizei heranzuholen (wie offenbar abgesprochen), um den Rückzug aus dem Eingang zu sichern, Hundertschaft Polizei taucht gegen 00.00 Uhr(?) auf, Vietnamesen werden auf zwei Busse verteilt, Konvoi (ein Dispatcher-Fahrzeug, ein Streifenwagen in Begleitung) setzt sich in Bewegung, Ziel völlig unklar, Abmarsch ist beobachtet worden, ein Auto mit Nazis fuhr hinterher, die Busse haben bewußt Umwege gemacht, um zu prüfen, ob sie verfolgt werden, auf halber Strecke kamen zwei bis drei Polizeiwagen entgegen, daraufhin überholte der Wagen und fuhr weg, Kolonne fuhr bis zum Busbahnhof Bad Doberan, die Vietnamesen sollten in der Polizeiwache dort untergebracht werden, weiterer Verbleib war unklar.

Situation innen:

Im Wohnheim 150 Vietnamesen, davon 50 Frauen und Kinder, fünf Wachleute, Herr Richter (Ausländerbeauftragter), der Heimleiter, eine Mitarbeiterin ZDF-Kamerateam (Kennzeichen D), fünf Leute, die helfen wollten.

Situation bis 21.30 Uhr: in der Straßenschlacht spielte das Wohnheim gar keine Rolle, Männer in den Treppenhäusern konzentriert, Frauen in den Wohnungen, Wohnungen alle verdunkelt, keiner an den Fenstern und auf den Balkons.

21.30: Polizei abgezogen, Ausgänge von Nazis und später von Schaulustigen besetzt, begeisterte Rufe, daß "die Schweine" ausgeräuchert werden sollen, Mob alles andere als zurückhaltend, massive Sympathie der Anwohner für die Nazis, auf der Vorderseite Steinhagel, Treppenhäuser angezündet, Rauchschwaden ziehen bis in den zehnten Stock rein, alle ziehen sich in die zehnte Etage zurück, Frauen und Kinder ziehen sich in die elfte Etage zurück.

22.00: Treppenhaus völlig verräuchert, eine Gruppe bricht eine Gittertür zum Fahrstuhlschacht auf, eine Stahltür versperrt den Weg zum Dach, es gelingt in der Haus Nr. 19, die Stahltür zum Dach aufzubrechen und dann auch die von der Nr. 18 von drinnen und draußen.

22.15: es gelingt vier Leuten nach zehn Minuten, die Tür vom Dach zum Treppenhaus der Nr. 15 aufzubrechen, ein Bewohner schließt die nachfolgende Gittertür auf, um im Notfall eine Fluchtmöglichkeit zu schaffen, falls es den Nazis gelingen würde aufs Dach zu kommen.

22.30: Frauen und Kinder aufs Dach geschickt, dannach alle Männer aus den Etagen, auf dem Dach flach hingelegt und Ruhe bewahrt, weil teilweise von Dächern umliegender Häusern wir beobachtet wurden.

23.00: ZDF-Team fehlt, hat sich eingeschlossen, wurde dann von vier Leuten aufs Dach geholt, es stellte sich heraus, daß der oben erwähnte Wachmann fehlte und drei Vietnamesen, in der Nr. 18 konnte man ohne Gasmaske nicht hinein, in der Nr. 19 mit zehn Leuten die Etagen abgesucht und

die Vermissten gefunden, in dem Moment kamen Feuerwehrleute.

23.30 Uhr: Haben alle das Haus verlassen und sind in die Busse eingestiegen.

Bei der Aktion waren ca. 150 Menschenleben bedroht. Es war nur eine Frage von ein, zwei Minuten bis es auf dem Dach zu einem Kampf gekommen wäre, bei dem Menschen gestorben wären. Die Bewohner des Wohnheims mußten sich selbst befreien und haben nur ihr nacktes Leben gerettet.
TStadtfteil von Rostock

Presseerklärung der 60 antifaschistischen Gefangenen in der Gefangenenensammelstelle zu ihrer Situation und Freilassung am 23/24.8.

Bis jetzt wurde in allen Medien bewußt verschwiegen, daß unter den 150 Festnahmen am Sonntag, den 23.8., 100 AntifaschistInnen waren. Wir verschicken jetzt hiermit noch einmal unsere Presseerklärung:

Als Reaktion auf die dreitägigen Angriffe auf das Zentrale Sammellager (ZAST) und ein Heim vietnamesischer VertragsarbeiterInnen in Rostock-Lichtenhagen, haben am Sonntag Abend, 23.8.92, ca. 200 AntifaschistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein, Brandenburg und Berlin eine Solidaritätsdemonstration zur Unterstützung der Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen durchgeführt.

Unsere Demonstration war der erste Ansatz zur Unterstützung der Flüchtlinge, die seit drei Tagen von organisierten Faschisten und rassistischen Bürgern angegriffen werden. Wir konnten die Demonstration erst um Mitternacht durchführen, weil es für uns angesichts des uns zahlenmäßig weit überlegenen Lynchmobs zu gefährlich war. Als wir vor dem Flüchtlingsheim ankamen, fanden wir ein Schlachtfeld vor: Einige Hundert Faschisten und Bürger, mehrere Hundertschaften Polizei und BGS, brennende Müllcontainer, CS-Gasschwaden, zerstörte Gehwegplatten, ein Flüchtlingswohnheim mit völlig zerstörten Fensterscheiben. Trotzdem ist es uns gelungen, eine lautstarke Demonstration durch Rostock-Lichtenhagen zu machen, die ohne Zwischenfälle verlief. Um es hier noch einmal klarzustellen: zu keinem Zeitpunkt gingen von den AntifaschistInnen Angriffe gegen die Polizei aus.

Nach Beendigung der Demonstration — während der Abfahrt der AntifaschistInnen — tauchte plötzlich das MEK-Hamburg auf, hielt die letzten 60 Leute fest und begann, Personen und Fahrzeuge zu durchsuchen. Bei der Festnahme wurden AntifaschistInnen brutal mißhandelt, 30 der AntifaschistInnen mußten von 3.00h nachts bis 9.00h morgens mit Handschellen gefesselt im Hof der Gefangenenensammelstelle (Gesa) stehen. Anfragen nach RechtsanwältInnen, Telefonaten, dem Lösen der Fesseln, Verlegung zu den anderen 30 AntifaschistInnen in die Turnhalle der Gesa wurden verweigert. Die 30 AntifaschistInnen waren

in der Turnhalle trotz ihrer Proteste mit 35 Faschisten zusammen gefangengehalten. Festnahmegründe wurden nicht genannt. Trotzdem wurden alle Antifas ED-behandelt und verhört. Alle Polizeibeamte weigerten sich bis zum Schluß, uns einen Einsatzleiter zu nennen. Erst gegen Mittag wurde uns mitgeteilt, daß wir alle wegen "Landfriedensbruchs" festgenommen wurden.

Während der 18-stündigen Gefangenschaft erhielten wir nur einmal — nach 8 Stunden — von der Polizei etwas zu essen. Die hygienischen Bedingungen und medizinische Versorgung waren unhaltbar. Erst um 16.00 Uhr erschien ein Staatsanwalt, der uns mitteilte, daß gegen uns wegen "Landfriedensbruch" ermittelt werde. Diese Anklage ist absurd, haltlos und ein weiterer Versuch, uns mit den Faschisten in einen Topf zu werfen.

Wir wurden dann um 19.00 Uhr endlich freigelassen. Bei unserer Entlassung sahen wir, daß sich in der Gesa mindestens 2 Hundertschaften Sondereinheiten der Polizei aus Schwerin und Hamburg befanden. Wir gehen davon aus, daß wir festgenommen wurden, um die Festnahmehzahl der Polizei an diesem Tag pauschal zu erhöhen.

Die Polizei und alle anderen staatlichen Stellen haben den faschistischen Terror unterstützt und gefördert. Das wurde noch einmal deutlich während der Nacht auf Dienstag, den 25.8., als bewußt zugelassen wurde, daß die 70 vietnamesischen ArbeitsmigrantInnen beinahe verbrannten. Gleichzeitig werden alle Ansätze antifaschistischen und antirassistischen Widerstands und Solidaritätsaktionen für die Flüchtlinge kriminalisiert und von den Medien totgeschwiegen.

Wir werden weiter gegen den faschistischen Terror und den Staatsrassismus kämpfen! Wir fordern:

- die Einstellung unserer Verfahren wegen Landfriedensbruchs!
- Bleiberecht für Alle!
- Freie Wahl des Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!
- Sofortiger Stop der Zwangsverteilungen und Sammellager!

die 60 antifaschistischen Gefangenen aus
der Gesa-Rostock, 24/25.8.1992

“Ich wußte nicht, daß es auch in sozialistischen Ländern Rassismus gibt”

(Visa)

Die Jungs (49 junge Namibianer, damals im Alter von 15 Jahren), wurden im Namen der Solidarität geholt. Ein Vertreter des damaligen “Solidaritätskomitees” der DDR (heute heißen sie zeitgemäß “Solidaritätsdienst”) soll die namibischen Jugendlichen in Angola persönlich abgeholt haben. Eigentlich eine noble Absicht, junge Namibianer herzuholen und auszubilden, damit sie nach der Befreiung ihres Landes beim Aufbau mitwirken. Also, sie wurden mit dem Ziel in die DDR geholt, eine Ausbildung als Installateur, Betriebsschlosser und Brunnenbauer zu bekommen.

Heute sind sie um 18 Jahre alt. Was sie in den Betrieben erhalten haben, kann man schwer Ausbildung nennen. In den kleinen Städten, in die sie verteilt wurden, lebten sie einsam und isoliert, woran sie sich mittlerweile gewöhnt haben.

In der Nacht zum 3. Mai wollten drei der namibischen Jugendlichen tanzen gehen und besuchten die einzige Disco in Wittenberge. Aber in der Disco wurden sie von den deutschen “Stinos” zuerst provoziert, dann angegriffen.

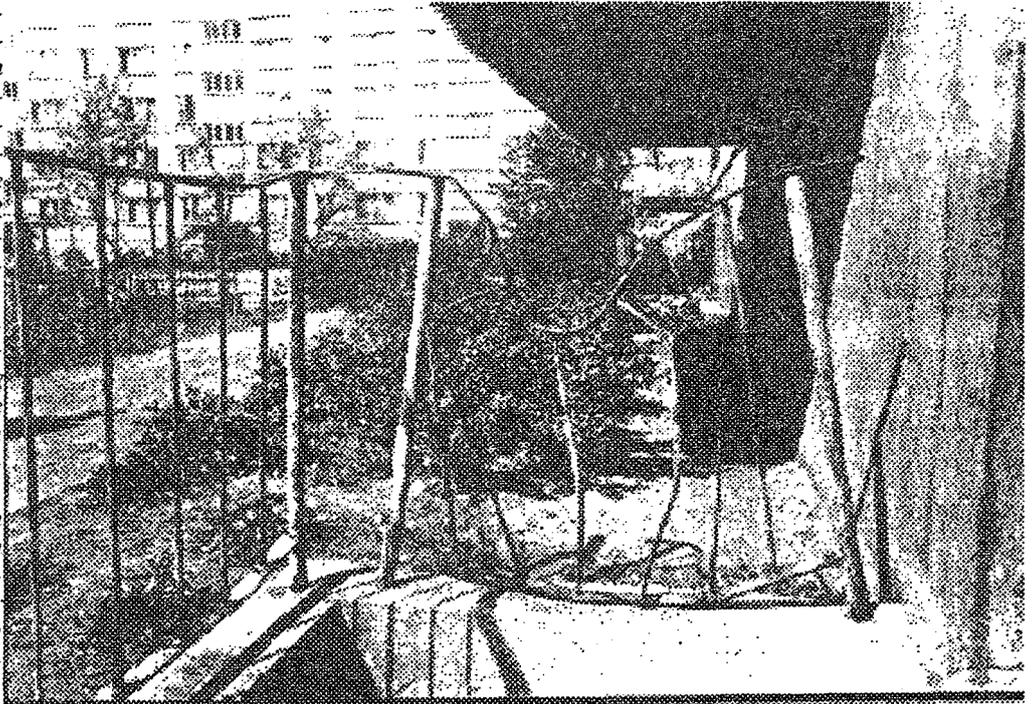
Die Jungs verteidigten sich erfolgreich und flüchteten nach Hause. Daraufhin wurde von den Deutschen ein Angriff auf das Wohnheim, in dem die Namibianer lebten, in einer Kneipe geplant. Der Angriffsplan wurde besprochen und die entsprechenden Angriffsgeräte, wie Gaspistolen, Eisenstangen und Messer gesammelt. Ein Autokonvoi mit mehr als 30 Deutschen erreichte das Wohnheim um 23.30 Uhr. Die Deutschen schlugen wahllos auf die Namibianer ein. Dabei warfen sie zwei namibische Jugendliche aus dem Balkon des 4. Stocks. Zum Glück überlebten die beiden den Absturz, aber ihre Verletzungen waren entsprechend schwer.

Auf Anfrage stellt das Innenministerium des Landes Brandenburg die Lage so dar: “Eine körperliche Gewalt durch die Deutschen war nicht erfolgt...”, “...daß die begangenen Handlungen weder aus ausländergefeindlichen noch aus links- oder rechtsextremistischen Motiven erfolgte...”

Nachfolgend ein Interview mit Jona, der seit dem Überfall im letzten Mai, zum Zeitpunkt des Erscheinens des Interviews — Juli 1992 — noch immer im Krankenhaus lag. Mittlerweile kann sich Jona, mit Hilfe von Krücken zwar, wieder frei bewegen.

Jona, kannst Du mir erzählen, wie Dein Leben in Namibia war?

Mein Vater und meine Mutter lebten getrennt, daher wohnte ich bei meinem Onkel mütterlicherseits. Ich wurde mit sechs Jahren, also 1980, eingeschult. Bis 1988 be-



suchte ich die Schule. Das letzte Jahr der Schule von 1987 bis 1988 war ich in einer Internatsschule und konnte an Wochenenden zu meinem Onkel gehen. Im Dezember 1988 bin ich dann nach Angola geflüchtet.

Namibia war damals von Südafrika völkerrechtswidrig besetzt worden.

Ja, als schwarze Namibier hatten wir keine Rechte. Die südafrikanischen Soldaten waren überall präsent und terrorisierten die Menschen. Wir mußten ihnen immer unsere Ausweise zeigen. Falls jemand sich nicht ausweisen konnte, wurde er verdächtigt, ein SWAPO¹-Freiheitskämpfer zu sein. Ich wurde oft nach einem Ausweis gefragt und wurde manchmal auch geschlagen. Daher dachte ich, mit einem Freund zusammen nach Angola zu flüchten, um dort SWAPO-Kämpfer zu werden.

Wie bist Du nach Angola gekommen?

Mein Freund kannte ein Mädchen, dessen Mutter einen Sohn bei der SWAPO hatte. Die Mutter von diesem Mädchen hat uns über die Grenze gebracht mit der Begründung, daß sie mit ihren Söhnen ihre weggelaufene Kuh sucht. Hinter der Grenze gab sie uns in die Obhut einer Familie und ging wieder nach Namibia zurück. Mit Hilfe dieser Familie sind wir dann zu den Soldaten gekommen. Die Soldaten brachten uns dann zu einem Lager in Lubango. Dort

wurden die Neuankömmlinge zugeteilt, weil wir noch jung waren (16 Jahre), mußten wir zur Schule gehen. In Lubango blieben wir einen Monat.

Nach unserem Aufenthalt in Lubango wurden wir zu einem Transitcamp in Luanda gebracht. In Luanda verbrachten wir zwei Monate. Anschließend wurden wir zur Kwanza Zul, zu der dortigen namibischen SWAPO-Schule, gebracht. Das Lager in Kwanza Zul war sehr groß. Es hatte neben der Schule auch ein Krankenhaus und es gab Sportmöglichkeiten. Die Sportlehrer waren koreanische Sportler. Die namibi-

schen Lehrern auch Lehrer aus Schweden und Deutschland. Die Unterrichtssprache war englisch.

Wie gefiel es Dir dort?

Mir gefiel es sehr gut. Die SWAPO-Leute haben mit allen Mitteln versucht, uns eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Um dies zu gewährleisten, wurden die Kinder entweder in andere Städte von Angola oder in andere Länder in Afrika, zB. Ghana, Zimbabwe, Tansania, oder Kongo, in Schulen untergebracht. In Kwanza Zul blieb ich dann insgesamt drei Monate und wurde dann nach Luanda zurückgebracht. Mein Freund aber blieb in Kwanza Zul. In Luanda wartete ich einen Monat, dann wurde ich mit 48 Jugendlichen in die DDR gebracht. Wir wurden sowohl in Kwanza Zul als auch in Luanda von deutschen Ärzten untersucht. Ein Herr Kervers vom Solidaritätsdienst kam mit einem Flugzeug aus der DDR und holte uns von Luanda ab. Wir waren in Ungewißheit, welche Berufe wir in der DDR lernen würden. Am 28. Juli 1989 landeten wir am Flughafen Berlin-Schönefeld. Herr Kervers erledigte alle Formalitäten allein, wir hatten keine Ausweise bei uns. Zum Flughafen kam ein Vertreter der SWAPO und erklärte uns kurz, was uns in der DDR erwartete. Er sagte uns, daß wir mit dem Bus nach Schönebeck gefahren

werden würden, um dort in einer Schule deutsch zu lernen. In Schönebeck kamen wir um Mitternacht an.

Mit dem Deutschunterricht fingen wir aber erst im September an, weil wir im August mehrmals von den Ärzten untersucht wurden. Nach fünf Monaten Deutschunterricht wurden wir Ende Januar 1990 nach verschiedenen Berufen und Betrieben eingeteilt. Dies geschah dann so: Sie lasen Namen vor und sagten, zB. Jona, Elarius, Josef, Paul usw. werden in Wittenberge Betriebschlosser lernen. Am 9. Februar kamen eine Lehrerin und ein Betreuer von Wittenberge und holten uns ab.

Was waren Deine ersten Eindrücke von der DDR?

Von Angola wußte ich, daß ein sozialistisches Land ein gutes Land ist. Ich wußte nicht, daß dort auch Rassisten leben. Als ich noch nicht die deutsche Sprache beherrschte, konnte ich nicht erkennen, wie die Deutschen zu uns waren. Später, nachdem ich Deutsch gelernt hatte, fing ich an, alleine in die Stadt zu gehen und merkte dann, wie sie mich behandelten. Wenn ich mich zB. nach einem Zug erkundigen wollte, bekam ich entweder keine Antwort oder die Deutschen gingen einfach an mir vorbei. Im Zug, wenn wir uns neben einen Deutschen setzten, stand die Person sofort auf, oder beim Einkaufen kamen die Verkäufer hinter uns, weil sie dachten, wir würden klauen.

Wie war Dein Alltag in Wittenberge?

Mein Leben in Wittenberge bestand aus Arbeit, Schule und dem Wohnheim, in dem wir wohnten. Wir waren ganz selten außerhalb von dem Wohnheim. Manchmal war auch Fußball.

Gab es auch Kontakt zu den deutschen Kollegen?

Es gab keine richtigen Kontakte. Wenn sie mit uns sprachen, fragten sie, ob es in Namibia auch Schulen gibt oder wir dort Fahrräder haben und so weiter.

Kommen wir mal zu Deiner Ausbildung. Wie war sie?

Schon in Schönebeck fragten wir die Lehrerin und den Betreuer, die uns nach Wittenberge bringen sollten, was zu einer Schlosserausbildung gehört und wo ein Schlosser arbeiten kann. Eine ausführliche Information über unsere Fragen bekamen wir nicht. Sie erzählten uns lediglich, daß wir viele verschiedene Dinge lernen würden, wie zB. Schlösser bauen und die Züge reparieren. In Wittenberge fingen wir mit der Ausbildung an. Zwei Tage in der Woche gingen wir zur Schule und drei Tage zur Arbeit. Die Arbeit im Betrieb bestand aus feilen, sägen, biegen und Arbeit mit dem Hammer. Uns wurde gesagt, daß wir diese Arbeit bis August machen würden, aber wir mußten bis Januar 1991 so arbeiten. Die Begründung für die Verlängerung war, daß einige von uns nicht so gut deutsch können, und wir daher vorerst nicht in eine andere Abteilung versetzt werden. Aus diesen Gründen machte uns die Arbeit keinen Spaß.

Bevor ich in die DDR kam, hatte ich Respekt vor diesem Land. Ich dachte, wir können hier eine gute Ausbildung bekom-

men, was wir in Namibia brauchen können. Dann mußten wir sechs Monate nur feilen und sägen. Wir verloren die Hoffnung auf eine gute Ausbildung. Daher konzentrierten wir uns auf andere Sachen. Ich und andere Kumpels von mir fingen an, in der Freizeit Musik zu machen. Wegen unserer Musik bekamen wir auch von der Nachbarschaft viel Ärger, weil sie unsere Musik zu laut fanden.

Das war jetzt die Ausbildung im Betrieb. Wie war es denn in der Schule?

In der Schule lernten wir ganz andere Sachen, die mit der betrieblichen Ausbildung nichts zu tun hatten. Wir wußten nicht, was wir mit diesen theoretischen Sachen anfangen sollten. Da wir nach dem Ende unserer Ausbildung nach Namibia zurückkehren mußten, war es für uns eigentlich wichtiger, eine gute praktische Ausbildung zu erhalten, die wir aber im Betrieb nicht bekamen. Der Ausbildungsinhalt verbesserte sich auch dann nicht, als wir in eine andere Abteilung vom Betrieb kamen. Dort mußten wir zu zweit auf einem Arbeitsplatz arbeiten. In der neuen Stelle haben wir mit einer Schere Bleche geschnitten oder mit einem Facharbeiter am Zug gearbeitet. Wir durften dort auch nur Schrauben fester drehen oder lösen. Ganz selten kam es vor, daß wir eine Kupplung auseinandernahmen, saubermachten und wieder zusammenbauten. Dies war interessant. Das war dann alles, was ich bis zum Übergriff lernte.

Erzähl mir den Übergriff!

Das war am Donnerstag, den 2. Mai 1991. Sam², ein Kumpel von mir, ging von der Arbeit zur Stadt; als er zurückkam, erzählte er mir, daß der Eintritt zur Disco KDI kostenlos ist. Am Abend ging er mit Gabriel² und Matthew² zu dieser Disco. Ich fühlte mich müde, blieb im Heim und schlief ein. Plötzlich kamen in der Nacht Sam und Matthew zu mir ins Zimmer. Sam setzte sich zu mir ans Bett und sagte mir, daß sie von den Deutschen angegriffen wurden und sich verteidigen mußten. Er erzählte, wie Matthew beim Tanzen bedrängt wurde und wie er und Matthew von jemand an den Armen gepackt und nach draußen gezerrt wurden. Draußen waren sie auf einmal von den deutschen Jugendlichen umringt, die sie prügeln wollten, und sie verteidigten sich². Sie hauten von dort sofort ab. Nachdem Sam mir das erzählte, ging er zu Gabriel und Matthew auf die 4. Etage. Ich zog mir eine Hose an und ging ebenfalls zum 4. Stock. Inzwischen war Gabriel gekommen. Er konnte sich auch irgendwie aus der Disco retten. Als wir oben miteinander sprachen, hörten wir einen Krach von unten. Die Eingangstür wurde zerschlagen. Gleich darauf hörten wir auf der Treppe Leute schimpfen ("Schweineerei" etc.). Gabriel schloß die Tür von innen ab und wir warteten ab. Sie kamen, traten die Tür ein. Es waren ungefähr 25 Deutsche. Einer von ihnen sagte zu mir, ich wäre in der Disco gewesen. Ein anderer von hinten warf ein Messer auf mich. Er war ein schlechter Werfer. Er traf mich nicht. Einer der Männer drängte mich zum Balkon zurück, schlug auf mich ein und zwei andere pack-

ten und warfen mich aus dem Fenster der 4. Etage raus. Ich prallte unten mit meine beiden Beinen auf die Eisengitter und hörte gleich jemanden neben mir stöhnen. Als die Deutschen uns so sahen, liefen sie weg. Ich rief meine Kumpels zu Hilfe. Sam lief zu einer Wohnung neben unserem Haus und klingelte bei einem alten Mann. Dieser rief dann die Polizei an. Nach etwa einer Stunde kam der Krankenwagen an. Sie trugen mich in den Wagen hinein. Erst im Krankenwagen verlor ich mein Bewußtsein. Als ich wieder erwachte, war ich schon operiert und hatte eine Eisenschiene am rechten Bein.

Als Du unten so lagst, hattest Du da Schmerzen?

Eigentlich nicht. Ich glaube, ich war unter Schock, denn ich konnte ja meine Beine sehen. Am schlimmsten sah mein rechtes Bein aus. Es war am Oberschenkel aufgeplatzt, und ich konnte die gebrochenen Knochen sehen. Es blutete auch sehr stark, aber Schmerzen verspürte ich nicht. Im Krankenhaus hatte ich dann am Anfang sehr viel Schmerzen.

Wie war es denn im Krankenhaus?

JA, wie ich sagte, ich hatte dolle Schmerzen. Meine Wunden wurden nur von den Ärzten gesäubert. Die Behandlung war gut. Die Schwestern und die Ärzte waren sehr nett zu mir. Der Oberarzt war selber ein Ausländer. Er war aus Bulgarien. In Wittenberge war ich sehr oft im OP. Ich weiß nicht mehr, wie viele Operationen es waren.

Wie verhielten sich Deine Mitpatienten zu Dir?

Zuerst war ich allein in einem Zimmer. Nach einem Monat kam ich in ein Mehrbettzimmer, wo schon anderen Patienten lagen. Diese haben manchmal böde Fragen gestellt. Zum Beispiel haben sie mich gefragt, ob wir in Afrika auch Kleider anziehen, lauter solchen Blödsinn. Untereinander haben sie ihre Späße über Afrika gemacht und machten sich auch lustig über mich. Ich sollte meine Buschmusik ausschalten usw. Aber sie fragten mich nie nach dem Übergriff und sprachen nie darüber, was mit mir passiert war.

Du bist jetzt in Ostberlin im Krankenhaus. Wie gefällt es Dir hier?

Es gefällt mir gut. Die Behandlung wird weiterhin fortgesetzt. Ich habe viel gelernt im Krankenhaus. Ich kann jetzt die Menschen sehr gut beurteilen. Ich habe viele Patienten gesehen, die mit mir in einem Zimmer waren.

Ich hoffe nur, daß die Behandlung geht, damit ich gesund aus dem Krankenhaus entlassen werde.

Das Gespräch führte Günöl Nar. Sie ist Mitglied des Immigrantpolitischen Forums (IPF) in Berlin und ist im Redaktionskollektiv von Visa.

TSWAPO: South West African Peoples Organisation

2 Alle Namen wurden von der Visa-Redaktion geändert

3 Inzwischen hat ein Gericht auf "Handeln aus Notwehr" erkannt; Anmerkung der Visa-Redaktion

(Pressemittteilung Antifa Info/Antifa (W))

Die Ereignisse in Rostock haben neue Maßstäbe gesetzt — nicht nur in bezug auf das Ausmaß der Gewalt gegen Flüchtlinge und Menschen anderer Nationalität oder Hautfarbe. Daß die rassistischen Angriffe solch eine breite Zustimmung und aktive Beteiligung finden, hat seine Grundlage in

Biedermänner und Brandstifter

einer von PolitikerInnen und Medien geschürten Kampagne zum Asylrecht. Pogrome, wie sie jetzt in Rostock stattgefunden haben, sind nur möglich, wenn Minderheiten zuvor gesellschaftlich isoliert worden sind und damit von Teilen der Bevölkerung als bedrohliche, anonyme Masse empfunden werden.

Den HERRschenden Parteien bröckelt die Basis weg. Für die Problem im Lande, die sie nicht lösen können, sollen die Flüchtlinge als Sündenböcke herhalten. Damit treiben sie Menschen in die Arme der Faschisten. Diese finden einen idealen Boden vor, um in Rostock zu wirken. Die Polizei hat nicht nur tagelang den rassistischen Mob agieren lassen, sondern hinderte auch nicht faschistische Kader, in Rostock an Einfluß zu gewinnen. Zugleich werden AntifaschistInnen, die den angegriffenen Flüchtlingen zu Hilfe eilen, an allen Ecken und Enden behindert und verfolgt.

Die Rolle der faschistischen Organisationen wird ständig in der Öffentlichkeit heruntergespielt. Wir weisen auf einige Geister, die die Biedermänner aus Mecklenburg-Vorpommern und Bonn gerufen haben, hin.

Die "Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene und deren Angehörige" (HNG) mischte in Rostock mit. 1979 gegründet, ist sie ein wichtiges Bindeglied zwischen den verschiedenen faschistischen Gruppierungen. Bei ihr finden sich alte und junge Faschisten. Die Namen der von ihr betreuten Gefangenen finden sich regelmäßig im "NS-Kampfruf" der NSDAP/AO (AO=Aufbau- und Auslandsorganisation). Mit einem Rechtshilfeausschuß und Rechtshilfeflugblättern versuchte die HNG an die Beteiligten des Rostocker Pogroms zu kommen und sie zu unterstützen.

Aktiv in der HNG war CHRISTIAN WORCH, ebenfalls in Rostock gesichtet worden. Er kommt aus Hamburg und ist Vorsitzender der "Nationalen Liste (NL)", einer Organisation des Kühnen-Nazi-Netz. Worch war ein enger Vertrauter Kühnens und ist Teil der konspirativ arbeitenden Struktur der NSDAP/AO. Natürlich unterhielt er auch Kontakte zu G. KÜSEL.

AntifaschistInnen konnten Worch hin-

dern, an einer Talk Show im Satelliten- und Kabelsender Sat1 über die Pogrome in Rostock teilzunehmen. Doch erholte er sich bald und konnte in einem Interview mit dem Standard bestreiten, in Rostock gewesen zu sein.

Gleichfalls anwesend in Rostock war ERIK RUNDQUIST, gemeinsam mit MitgliederInnen der schwedischen VAM ("Weißer Arischer Widerstand"). Die VAM wurde im Sommer letzten Jahres international bekannt durch den Überfall auf eine Polizeistation, bei dem sie Waffen erbeuteten. Auf das Konto der VAM gehen auch Banküberfälle und zahlreiche Angriffe auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Im Dezember 91 wurden vier VAM'ler wegen Bankraub und Überfall auf eine Polizeistation verhaftet. Mit zwei Bombenanschlägen und 23 Bombendrohungen innerhalb von 24 Std. wurde ihre Freilassung gefordert. Eine Bombe ging beim Entschärfungsversuch im Stockholmer Hauptbahnhof hoch. Im Mai 91 wurden sieben VAM-Mitglieder beim versuchten Einbruch in ein Waffenlager verhaftet. Rundquist hat gute Kontakte in dem internationalen Nazi-Skinhead-

stock wurde auch der österreichische Rechtsextremist GERHARD ENDRESS verhaftet. Er führt zur Zeit die österreichische VAPO (Volksstreu Außerparlamentarische Opposition), da deren "Führer" Gottfried Küssel aufgrund eines Tele 5 Interviews, in dem er die Wiederzulassung der NSDAP forderte, seit Jänner 92 im Knast sitzt.

Spätestens seit 1980 mischt Endress in der heimischen Neonaziszene mit:

- 1980 trat er für die "Aktion Neue Rechte" (ANR) gegen Antifas auf.
- Im burgenländischen NDP-Wahlkampf 1982 betätigte er sich in der Ordnertruppe.
- Endress war jahrelang gemeinsam mit N. Kukula und G. Küssel in der "Ausländer-Halt-Bewegung" (AUS) des HALT-Herausgebers Gerd Honsik aktiv.
- Endress war Gruppenführer der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen Nationalen Front (NF) des Gerd Honsik. Er war vor allem zuständig für die Agitation unter Skinheads.
- Er war regelmäßiger Teilnehmer der faschistischen Wunsiedel-Demos.
- 1991 wurde er als Chef der Ordnertruppe bei der Wunsiedel Demo von Antifas identifiziert.
- 1992 organisierte er von Wien aus für die Wunsiedel Demo. Weiters organisierte er Wehrsportübun-



Die "Führung" berät sich: Thomas "Steiner" Wulf (NL, Hamburg — mit Funkgerät), Gottfried Küssel † (VAPO — rechts daneben), rechts daneben Gerhard Endress von der VAPO und Christian Malcoci (links mit Brille und Rollmütze). Archivfoto aus Bayreuth 1991; entnommen aus dem Antifaschistischen Info Nr 19.

Netz, ebenso zu alten Waffen-SS'lern. 1989 war er in der BRD beim Jahrestreffen des Waffen-SS-Kameradenwerkes Felix Steiner. Rundquist wurde Ende Mai dieses Jahres in Uppsala/Schweden zusammen mit anderen VAM-Leuten in einem Auto mit Waffen verhaftet. Inzwischen ist er wieder auf freien Fuß.

Nun zu den ÖsterreicherInnen: In Ro-

gen und schrieb einige Artikel für Honsiks HALT.

Zur oben genannten HNG unterhält auch der bekannte Neo-Nazianwalt HERBERT SCHALLER Kontakte. So trat er bei der HNG-Jahreshauptversammlung 92 als Hauptreferent über das Thema "Justiz und Revisionismus in Österreich und Deutschland" auf.

Zwei Jahre schon jagt das Bundesheer entlang der österreichischen Ostgrenzen nach Flüchtlingen. Rund 15 000 Menschen wurden bislang aufgegriffen. Öffentlich diskutiert wird dieser "Assistenzeinsatz" des Bundesheeres zur "Hintanhaltung illegaler Einwanderung" schon lange nicht mehr. Das Widerstandscamp in südburgenländischen Rechnitz an der österreich/ungarischen Grenze vom 1. bis zum 4. September wollte diesen Militäreinsatz wieder ins Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit rücken und die "Offensive" dagegen einleiten.

Löcher in der Festung Europa

Widerstandscamp gegen Flüchtlingsjagd

(TATblatt-Wien)

Mit an die hundert TeilnehmerInnen war die Beteiligung an dem Camp und den davon ausgehenden Aktionen weder besonders gut noch besonders schlecht. Arbeitsgruppen und Informationsveranstaltungen bildeten das Rahmenprogramm. Mit der Kernfrage — Was tun gegen den Militäreinsatz? — kam aber keine/r so ganz zurecht.

Grenzspaziergänge

Mehrmals täglich brachen kleine Gruppen von Leuten auf, um durch die grenznahen Wälder zu spazieren. Ziel war es, den Bundesheereinsatz zu beobachten, die braven Soldaten etwas zu verwirren und dabei von ihrer Pflichterfüllung abzuhalten. Durch Flugblätter und Gespräche sollte überdies die "Moral der Truppe geschwächt" werden.

Verwirrt wurden vorerst aber nicht die Soldaten und das Militär, sondern die GrenzspaziergängerInnen, die zwar einige Spuren eines Militäreinsatzes (Türmchen,...), nicht aber Soldaten finden konnten. Ein Umstand, der allerdings weniger auf perfekte militärische Tarnung als vielmehr darauf, daß bis zum Camp alle Bundesheer-Einheiten aus Rechnitz und Umgebung abgezogen worden sind, zurückzuführen ist.

Tag des Bundesheeres

Eine Propagandashow des Bundesheeres im Rahmen der "Informa"-Wirtschaftsmesse in Oberwart (in der Nähe von Rechnitz) wurde am 2. September besucht. Bei der als Attraktion verkauften Landung eines mehr als eine halbe Stunde verspäteten

Bundesheer-Hubschraubers wurden Transparente entrollt und Flugblätter verteilt. Da neben den rund dreißig AktivistInnen kaum viel mehr andere Schaulustige der Landung beiwohnten, war der Effekt der Aktion aber einigermaßen gering. Nach zehn Minuten wurden die herumgetragenen Transparente von Gendarmen entrisen...



Aktionstag

Mehr als hundert AktivistInnen wollten am 3. September bei einem massenhaften illegalen Grenzübertritt von Ungarn nach Österreich demonstrativ die grüne Grenze verletzen. Dazu allerdings mußten die Leute ersteinmal nach Ungarn. Und das sollte sich als schwieriger als erwartet erweisen.

In einem Reisebus und mehreren Privat-PKWs fuhren die Leute Richtung Grenzübergang Rattersdorf. Die meisten PKWs wurden als Fahrzeuge mutmaßlicher DemonstrantInnen erkannt und genau durchsucht. Dabei wurden im Auto der Grünen Nationalratsabgeordneten Christine Heindl Flugblätter und Transparente ge-

funden.

Auch der Autobus wurde genauestens kontrolliert:

Schon an der österreichischen Seite wurden alle Pässe eingesammelt und erst nach einer halben Stunde zurückgegeben. Laut einem offen herumgelegenen Bericht eines Zöllners gehörten sie "38 Linksradiakalen mit Transparent". (Im Bus befanden sich übrigens 42 PassagierInnen und ein Chauffeur.) Auf der ungarischen Seite des Grenzüberganges wurden die Pässe erneut eingesammelt. Dann geschah lange Zeit mal nichts. Das Aussteigen aus dem in der prallen Sonne stehenden Bus war währenddessen freilich ebenso verboten wie das Öffnen einer Hintertüre zu Lüftungszwecken oder gar das Aufsuchen eines WCs.

Nach rund einer dreiviertel Stunde kam ein österreichischer Gendarm (übrigens der Leiter des Gendarmeriepostens Rattersdorf) zur ungarischen Grenzstation und verschwand für eine halbe Stunde mit den ungarischen Zöllnern im Zollhaus, ehe er sich wieder zurück nach Österreich begab. Eine Stunde später wurde der Bus von ungarischen Polizisten umstellt. Die PassagierInnen mußten aussteigen, der Bus wurde

durchsucht. Gefunden wurde nichts.

Unter Berufung darauf, daß jedoch Stunden vorher bei Christine Heindl Flugblätter gefunden worden waren, wurden alle "gebeten" umzukehren, und nicht nach Ungarn einzureisen, da der Verdacht bestand, daß eine Demonstration geplant sei, selbiges aber drei Tage vorher angemeldet werden müsse.

Nach insgesamt über zwei Stunden Grenzaufenthalt wurden die Pässe zurückgegeben, versehen mit dem Stempel "Visszautasitva" (was soviel heißt wie "Abweisung").

Der Bus kehrte schließlich um und begab sich zurück nach Österreich, wo er freilich wieder beim Zoll angehalten wurde.

Die meisten AktivistInnen, denen das alles längst zu blöd geworden ist, wollten allerdings nicht schon wieder herumwarten, und stiegen daher einfach aus, um zu Fuß weiterzugehen, was überraschenderweise



bloß mit einem fassungslosen "Halt! Zurückkommen"-Ruf sanktioniert wurde.

Nach einer kurzen Wanderung trafen die Leute auf jene GenossInnen aus den PKWs, welche schon früher und vor allem schneller abgewiesen worden waren, und die die Zeit inzwischen zu Grenzspaziergängen genutzt haben. In ihrer Begleitung befanden sich einige Militärstreifen, die — im Gegensatz zur Rechnitzer Umgebung — auf Militärpräsenz schließen ließen. Die Soldaten verhielten sich jedoch eher untypisch: Sie benahmten sich durchaus friedlich, ja, sie waren sogar sowas ähnliches wie "schatzfreundlich". Ein Kommandant hatte zuvor sogar den GrenzspaziergängerInnen seine Hilfe angeboten, und versprochen, alle etwaigen Fragen zu beantworten.

Wieder vereint spaltete sich die DemonstrantInnengruppe sofort abermals: in neuerliche GrenzspaziergängerInnen und EssensgeherInnen.

Teuschland den Teutschen ?

Schon vor Beginn des Camps gab es Hinweise darauf, daß Neonazis und Skins möglicherweise einen Angriff auf das Camp planten. Die jüngsten Ereignisse in der BRD ließen diesbezüglich das Schlimmste erwarten.

Diese Befürchtungen erhärteten sich am Abend des 3. Septembers nachdem 10 Skinheads im örtlichen Gasthof "Zur Rose" (Eigentümer ist einer der übelsten Massenmörder des nationalsozialistischen Regimes, der ehemalige Gauleiter Tobias Portschy, der für die Vernichtung von Tausenden Roma und Sinti im Burgenland verantwortlich ist) gesehen wurden, und ein Auto zweimal das Camp umkurvte, dessen nicht erkennbaren Insassen dabei einmal lauthals "Teuschland den Teutschen — Ausländer Raus!" gerufen haben.

Ein Rechtshilfe-Flugi für die Camp-TeilnehmerInnen hat für eine solche Situation vorgeschlagen: "Keine Panik: Es gibt Leute am Camp, die wissen, was sie dann zu tun haben."

Die meisten Camp-TeilnehmerInnen wollten diese Entmündigung aber nicht mit sich geschehen lassen und gerieten sehr wohl in Panik — spätestens zu dem Zeitpunkt, zu welchem einige Camp-Leute geheimnisvoll mit Prügeln herumgelaufen sind, ohne daß allgemein bekannt war, was eigentlich los sei, und wie es sich nun eigentlich zu verhalten anriete.

Nachdem es auf Initiative einiger Frauen



Grenzzwischenfall: Am 3. September war auch das Ungarische Militär vor den DemonstrantInnen gewarnt. GrenzspaziergängerInnen wurden sowohl von einer österreichischen Bundesheerstreife (mit dem örtlichen Gendarmerie-Oberchackel an Bord) gefolgt, als auch von einer ungarischen Militärstreife observiert.

In einem unbeobachteten Augenblick "verirrten" sich die ungarischen Soldaten nach Österreich, um sich mit ihren Kollegen abseits der Grenze zu beraten. Vor den aufmerksam gewordenen DemonstrantInnen, die auch mitplaudern wollten, wichen sie jedoch Hals über Kopf zurück und verließen fluchtartig das Land.

schließlich gelungen ist, die aktuelle Bedrohungssituation, die Ängste und die Frage der einigen Vorgehensweise bei der Verteidigung gemeinsam bei einem Lagerfeuer-Plenum zu besprechen, wurde überraschend schnell und problemlos Übereinstimmung erzielt. So wurden mehrere Wachgruppen gebildet, Leerflaschen und Stöcke an die Leute verteilt, und eine "Wagenburg" aus Stoßstange an Stoßstange stehenden Autos und Bussen, die eine Barriere gegen angreifende Fascho-Banden bilden sollte, gebaut. Effekt der raschen und einigen Reaktion: Die Skinheads ließen nichts mehr von sich blicken.

...und weiter ?

Was bleibt ist nun die Frage, was mit dem Camp nun wohl erreicht wurde, und wo die Perspektiven für die Zukunft liegen könnten. Eine einhellige Antwort darauf wurde nicht gefunden, es wurde aber auch nicht danach gesucht.

Sicher ist, daß ein Ende des Bundesheereinsatzes nun ebensowenig in Aussicht steht, wie vor dem Camp. Sicher aber ist auch, daß zumindestens für die Dauer des Camps die Flüchtlingsjagd in der Rechnitzer Region ausgesetzt war. Sicher ist aber leider auch, daß wir uns wohl nur kaum darauf verlassen können, daß das jedesmal so ist, wenn wir ein solches Camp veranstalten.

Es war offensichtlich Taktik des Bundesheeres jedem Konflikt aus dem Weg zu gehen. Zuerst durch den Abzug der Einheiten, dann durch zynische Höflichkeit, und letztendlich dadurch, daß es die "Drecksarbeit" vom ungarischen Zoll machen ließ. Bei der massenhaften Grenzverletzung hätte das Bundesheer einfach nicht mehr zuschauen können. Damit es also nicht gezwungen ist, gegen einen "inneren Feind" aktiv zu werden, was eventuell eine schlechte öffentliche Kritik nach sich ziehen hätte können, mußte die Aktion von anderen verhindert werden: von der Gendarmerie oder — noch eleganter — vom ungarischen Zoll. Ein meuchlings in ein Gespräch verwickelter ungarischer Zöllner hat das diesbezügliche Herantreten der österreichischen Behörden an den ungarischen Zoll übrigens sogar zugegeben.

Die durchgeführten Aktionen sind alle irgendwie mißlungen. Trotzdem konnten durch das Camp zumindestens Erfahrungen im Umgang mit der Situation des Bundesheereinsatzes an der Grenze gemacht werden. Die Phantasie wurde angeregt und auch eine gewisse Ortskenntnis konnte erlangen werden. Alldies jedoch gilt es nun umzusetzen. Grenzspaziergänge und vieles mehr lassen sich durch Kleingruppen jederzeit auch unangekündigt durchführen.

Das Camp darf nicht alles gewesen sein, denn dann hätte es so ziemlich gar nichts gebracht. Das Camp war nur ein Anfang. Und als ebensolcher Anfang war es notwendig und auch gelungen.

Wanderkarten sind im einschlägigen Fachhandel erhältlich. Reisegelegenheiten an die militärisch geschützten Grenzregionen des Burgenlandes gibt es alle 1 bis 2 Stunden vom Wiener Südbahnhof (S60 bis Bruck an der Leitha, R60 bis Nickelsdorf, Fahrzeit 63 Minuten). Politisches Informationsmaterial und Kontakte gibt's bei "Österreich ohne Heer"; Schottengasse 3a/1/59; 1010 Wien.

Zahlen und Fakten

(Österreich ohne Heer)

Die 350 km lange Grenze zu Ungarn wird jeweils durch etwa 2000 Soldaten bewacht (davon sind etwa 500 Berufs- und Zeitsoldaten, der Rest Grundwehrdienstleistende), die Gesamtzahl kann, so lautet ein Regierungsbeschluß, auf 4000 aufgestockt werden. Kosten tut der militärische Einsatz 1 Milliarde Schilling im Jahr. Die Präsenzdiener (Grundwehrdienstleistende) sind mit kugelsicheren Westen und mit Nachtferngläsern ausgestattet. Sie werden von antiterroristischen Elitekommandos der Gendarmerie in Polizeigriff und Fesseln ausgebildet. Bis

Jahresende 1991 hatten über 40 000 Soldaten an der militärischen Flüchtlingsabwehr teilgenommen. In den zwei Jahren des Bestehens wurden 15 000 Flüchtlinge aufgegriffen (Stand etwa Ende März '92); kürzlich wurde ein Flüchtling angeschossen. Von den bis Ende April 1991 aufgegriffenen Flüchtlingen kamen 65% aus Rumänien — ein Großteil von ihnen sind Sinti und Roma. Im Gegensatz zur Anfangsphase werden jetzt allerdings in der Mehrheit Menschen aus der sogenannten "3. Welt" abgeschoben. Denn das europäische Kettenschutzabkommen tritt jetzt schrittweise in Kraft.

Im Burgenland werden die Flüchtlinge vom Heer an die drei dort bestehenden Sammellager überwiesen,

oder auch an die Gendarmerie. An allen anderen österreichischen Grenzen werden ständig Leute zurückgewiesen, denen nicht die geringste Möglichkeit geboten wird, den Wunsch nach Asyl auch nur auszusprechen! Von den Leuten aus den burgenländischen Sammelagern sind keine Daten bekannt. Mensch weiß weder, wieviele um Asyl ansuchen wollen, noch wie viele anerkannt werden. Das Innenministerium verweigert die Auskunft, selbst bei parlamentarischen Anfragen. Aus der Statistik lassen sich allerdings Rückschlüsse ziehen. In den ersten beiden Monaten der militärischen Flüchtlingsabwehr im Jahre 1990 ist die Zahl der Asylanträge um mehr als die Hälfte zurückgegangen.

Der Flughafen-Sozialdienst kann Flüchtlinge nicht mehr mit dem Notwendigsten versorgen

(Flughafen-Sozialdienst)

Flüchtlinge — selbst solche mit gültigen Dokumenten — kommen kaum mehr in den "Genuß" eines fairen Asylverfahrens; seit 1. Juni werden sie meist unter dem Vorwand abgewiesen, ihr Verfahren habe ohnehin keine Chance auf Erfolg, da sie aus 'sicheren Ländern' (Türkei, Irak, etc!) geflüchtet seien oder in ebensolchen (Slovenien, Ungarn, etc!) bereits hätten Schutz finden können. Ihre Asylanträge seien somit "offensichtlich unbegründet". Viele sitzen inzwischen in Schubhaft.

Dazu kommt noch jene Gruppe, die seit Monaten und Jahren in Österreich auf den Abschluß ihres Verfahrens wartet und jetzt ohne jede Hoffnung durch alle sozialen Netze fällt. Die Belastung für den Flughafensozialdienst ist daher enorm: Neben den simplen Kosten für Büromaterial, Porto (wir müssen alle Briefe eingeschrieben abschicken!), Telefon (oft müssen Gespräche mit den Fluchtländern geführt werden), Stempel (jede Vollmacht kostet 120.— S!) usw. müssen wir immer wieder Flüchtlingen mit ein paar Schilling aushelfen, die ohne Essen auf der Straße stehen, oder die aus unserem abweisenden Land weiterfliehen müssen. Oder einer unserer KlientInnen

harrlich. Von den Spenden können wir gegenwärtig kaum die laufenden Kosten finanzieren.

Seit einigen Wochen haben wir nicht einmal mehr das Geld für das Notwendigste. Natürlich sind wir zu allererst an die Öffentlichkeit gegangen. Aber die Not bleibt. Selbst wenn wir unsere Gäste nicht einmal mit Essen versorgen können, bleiben doch die hohen laufenden Kosten für Telefon, Porto, etc.

für unsere Interventionen. Dem EKH, welches uns trotz der ständigen Belastung in drei überfüllten Zimmern Unterkunft für etwa 30 dringliche Fälle bietet, schulden wir immer noch Miete und Reparaturkosten für die Sanitäranlagen.

Wie Ihr uns helfen könnt:

1. Spenden an: Bank-Austria, BLZ 12000, Kto.Nr.: 260 107 205 / 00

2. Schubhaftbesuche: Dafür braucht frau keine besondere Ausbildung: Nur 587 26 99, 587 28 29 oder 567 09 85 anrufen und sich einteilen lassen.

3. Kontaktadresse: 1060 Kaunitzgasse 33/13, Tel.: 56 70 985

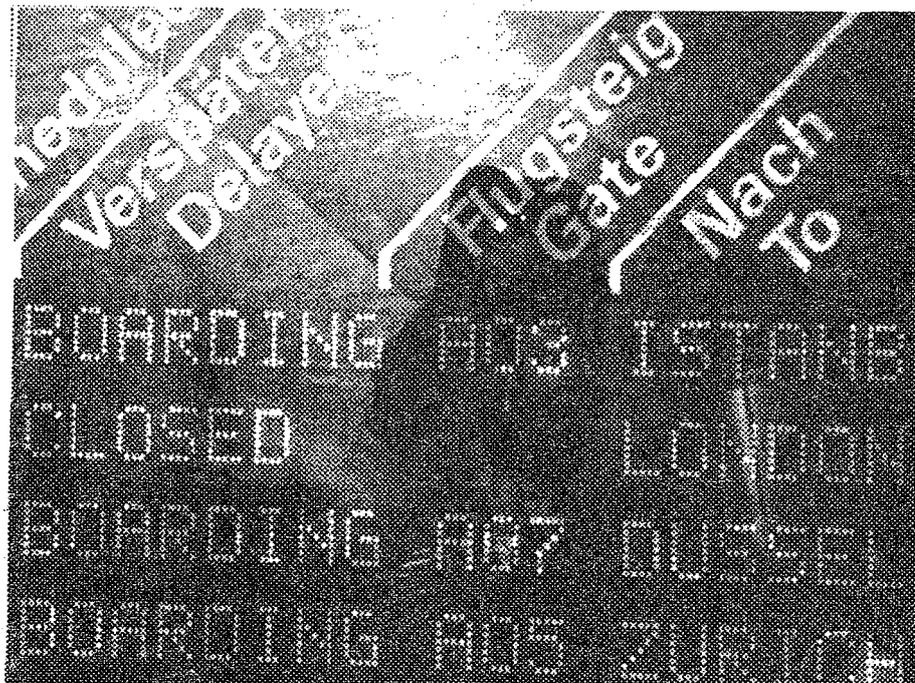
Prozeß gegen Michael Genner Ungarn - ein sicheres Drittland?

Der Prozeß gegen Michael Genner wird verlagt, voraussichtlich auf die Zeit vor Weihnachten. Die Befragung durch die Richterin war fair, schien auf den Beginn einer umfassenden Bewertung der komplexen Sachlage abzuzielen. Hier scheinen sich zwei Hauptpunkte herauszukristallisieren. Der erste: die Flüchtlingspolitik Ungarns, die vor zwei Jahren wie heute von europäischen Standards weit entfernt war/ist, ja die sich in letzter Zeit beispielsweise durch Maßnahmen wie Rückschiebungen auch aus Lagern heraus, auch von Serbienflüchtlern (!), Massenrazzien und -abschiebungen, brutalen polizeilichen Maßnahmen ge-

Zu diesem Komplex der ostmitteleuropäischen Flüchtlingspolitik gehört ein zweiter Problembereich, das der Genner gegenüber eher professionell mißgünstig auftretende Staatsanwalt — seine kleinen Frageattacken hatten das Verdienst, nur umso klarere und dezidierte Antworten herauszubefördern — als zusätzliches, neues Thema aufbrachte: Hat die CSFR, so fragte er sich und das Publikum, das darüber genauso wenig informiert war — kein Wunder anlässlich des primitiven Zustandes der von Vranitzky und Mock mit Abermillionen finanzierten Gossenpresse, in deren Barbarei und permanenter Zensurerei Österreich bald ersticken wird! — die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert, oder wenn nicht, wie weit ist der Prozeß zum gegenwärtigen Zeitpunkt gediehen?

Anlaß für die zusätzlich eingebrachte CSFR-Fragestellung war die Einvernahme eines Offiziers des Österreichischen Bundesheeres, der allerdings nicht an der Grenze zu Ungarn, sondern zur CSFR stationiert war (eine thematische Bereicherung des Prozesses) und der von der Richterin übrigens unter anderem ausführlich auf die Motivation seiner Tätigkeit befragt wurde. Zwei Stellen seiner Aussage deuteten konkret darauf hin, daß es auch Praxis war, daß Flüchtlinge innerhalb kürzesten Zeitraumes wieder zurückgeschoben wurden (werden), und ergo keine Möglichkeit gegeben war, daß Asylsuche ausgesprochen und in hinreichendem Maße gewürdigt werden konnten.

Übrigens: Vom Springer- und Euroblatt *Standard* war bei der Verhandlung ein Redakteur anwesend — bis dato (Sonntag) ist kein Bericht darüber erschienen: so weit geht die "Liberalität" dieses Organs offenbar nicht. Oder vielleicht ist bereits eine umfassende Recherche in Arbeit? Sehr erfreulich; wenn nicht: wir würden uns gerne bereit erklären, mitzuarbeiten. Mit einigen wenigen tausend Mark aus dem Budget dieses milliardenschweren geostrategischen Standbeins der Festungspolitik könnten wir uns ein wenig besser ernähren. Ein ausführlicher Prozeßbericht kommt demnächst.



ein Essen ersetzen, weil er/sie den ganzen Tag für uns übersetzt hat und deshalb in der Pension nichts bekommen hat. Oder, oder...

Ab Ende August können wir unsere beiden Angestellten nicht mehr finanzieren. Die AMV, welche uns nun schon 1 1/2 Jahre subventioniert hat, würde in Hinkunft nur mehr ein Drittel übernehmen, vorausgesetzt, Gemeinde oder Innenministerium springen für den restlichen Teil ein. Beide letztgenannten weigern sich jedoch be-

gen Protestaktionen chinesischer Flüchtlinge in Lagern — dies nur einige Beispiele - von den anfänglichen fundamentalhumanistischen Impulsen des "neuen Ungarn" weit entfernt hat.

Einer dieser Fälle wurde exemplarisch vorgetragen: eine brutale Abchiebungssaktion von 270 Insassen des Lagers von *Kerepestarcsa*, die erst kürzlich stattgefunden hat. In der ungarischen Presse sind diese Dinge minutiös dokumentiert.

Krieg in "Jugoslawien"

Viel gab es darüber noch nicht zu lesen, im TATblatt. Ein Grund dafür ist sicherlich die gewisse Ratlosigkeit, die auch bei uns darüber herrscht.

Schon einmal deswegen, weil es gerade österreichischen PolitikerInnen — von Mock bis Pilz — sind, die die Kriegshetze zugunsten einer Militäreinsatzes schüren, geht es nicht an, einfach nur danebenzustehen und abzuwarten. Außerdem werden bei einer Militärintervention die Truppen und Panzer direkt vor unseren Nasen vorbeirollen.

Die kriegstreiberische Hetze in fast allen großen Medien im Land vorenthält wichtige Informationen, vor allem über die faschistischen Entwicklungen in Kroatien. Diesem Informationsdefizit wollen wir in den nächsten TATblättern entgegenzuwirken versuchen.

Zur Einführung drucken wir heute den Text eines Wandplakates aus Wien ab, der von mehreren linken und linksradikalen Gruppen verfaßt wurde.

Weg mit der UNO-Blockade gegen Jugoslawien

Die Blockade, die die UNO genauer gesagt, der UN-Sicherheitsrat gegen Jugoslawien 3 verhängt hat, richtete sich gegen alle Bewohner und Bewohnerinnen dieses Landes und die, die sich im Westen als Gastarbeiter ausbeuten lassen (die werden mit bürokratischen Schikanen — z.B. Visumpflicht — um wertvolle Urlaubszeit und Geld beraubt).

Täglich werden importierte Lebensmittel knapper, während einheimische immer teurer werden, und das bei einer gigantischen Zahl von Flüchtlingen — mehrere hunderttausend! — über die unsere Medien natürlich auch nicht berichten. Laut Rotem Kreuz sind dort bereits über 30 000 Menschen vom Hungertod bedroht. Aber nicht nur die Lebensmittel werden knapp, es herrscht bereits Medikamentenmangel. Die Pharmaindustrie in Jugoslawien war hauptsächlich in Kroatien angesiedelt.

Natürlich kommen von dort schon lange keine Medikamente mehr. Diese würden aber gerade jetzt, wo viele Verwundete nach Serbien und in die Wojwodina fliehen, dringend benötigt. Durch die Blockade ist es auch nicht mehr möglich, Medikamente für teure Devisen legal im Ausland zu kaufen. Was so eine Blockade bewirkt, sehen

wir im Irak. Schätzungen besagen, daß heuer noch 150 000 Kinder sterben werden, weil es wegen der Blockade nicht genug Lebensmittel und Medikamente gibt.

Die Blockade gegen Jugoslawien 3 ist der Beginn des Krieges von außen gegen dieses Land mit anderen Mitteln.

bereits vor der Jugoslawischen Küste. Ebenso wurden NATO-Kriegsschiffe und Flugzeugträger in die Adria entsandt, zunächst "nur" zur Durchsetzung der Blockade.

Soldaten verschiedenster imperialistischer Staaten stehen in Bosnien und Teilen Kroatiens als UN-Soldaten, gelegentlich erwidern sie bereits das Feuer in Sarajevo. Es ist klar, daß diese Truppen in absehbarer Zeit aktiv in die Kämpfe eingreifen werden. Mock und andere überlegen bereits laut, wie viele Truppen, Panzer, Flugzeuge und andere Kampfmittel wohl für einen Krieg in Jugoslawien benötigt werden. Beinahe täglich kommen Staaten dazu, die bei der imperialistischen Neuaufteilung des Balkans mitmachen wollen. Z.B. erklärte sich die Türkei zur Schutzmacht für die bosnischen Moslems.

Österreich, Deutschland und Italien haben sich als erste festgelegt, und zwar gegen Serbien. Die alte Mittelachse, die schon den



Imperialistische Truppen Raus aus Jugoslawien!

Deutschland ignoriert sein Grundgesetz, um beim nächsten Krieg dabei zu sein. Wie schon im Feldzug gegen den Irak beteiligt sich Deutschland auch im Krieg in Jugoslawien. Das Schlachtschiff "Bayern" kreuzt

2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen hat, lebt wieder auf.

Die Internationalisierung dieses Konflikts läuft auf einen Krieg am gesamten Balkan hinaus, und es ist durchaus möglich, daß sich dieser Krieg zum Weltbrand ausweitet. Die Völker haben davon wiederum nur Elend, Not, Zerstörung, Tod. Aber Krieg ist halt ein gutes Geschäft für die

Herrschenden, nicht nur für die Rüstungsfirmen.

Aufhebung der Visumpflicht für Flüchtlinge aus Jugoslawien 3! Keine Abschiebung und Auslieferung von Kriegsflüchtlingen und Deserteuren!

Österreich hat die Grenzen dicht gemacht, es kommen kaum mehr Flüchtlinge durch. Seit 2 Jahren bewachen Truppen des Bundesheeres die Grenze zu Ungarn und Slowenien.

Auf dem gesamten Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens halten sich bereits über 2 Millionen Kriegsflüchtlinge, Vertriebene auf, sowohl in Kroatien, als auch in Slowenien, Serbien, in der Wojwodina.

Trotz der schlimmen Versorgungslage durch die UN-Blockade nimmt Jugoslawien 3 immer noch Flüchtlinge jeder Nationalität auf.

Viele Wehrpflichtige in Jugoslawien 3 sind bei Erhalt ihres Einberufungsbefehles desertiert, weil sie nicht gegen ihre Brüder und Schwestern kämpfen wollen. Nicht nur Deserteure, sondern alle von diesem Krieg Bedrohten, müssen die Chance auf Einreise nach Österreich und in alle anderen westeuropäischen Länder erhalten.

Auf der ganzen Welt flüchten Millionen Menschen vor den Folgen der imperialistischen Politik. Vor Krieg, Unterdrückung, Hunger, Wassermangel. Dieses Elend haben vor allem die Herrscher der westlichen

Staaten zu verantworten, die rücksichtslos den Erdball ausplündern.

In Somalia z.B. sind 2 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht, das ist ein Drittel der gesamten Bevölkerung dieses Landes. In Bangla Desh, einem der ärmsten und bevölkerungsreichsten Länder dieser Erde halten sich hunderttausende Flüchtlinge auf. Aber Bayern brüstet sich damit, daß es jetzt doch noch einige tausend Flüchtlinge aufnimmt. In Bayern heißt Flüchtlingsdasein, in Containern wohnen zu müssen, mit Stacheldraht von der Außenwelt abgeschirmt. In Österreichs Flüchtlings-"Pensionen" ist die Situation nicht besser, und da wiederum besonders in den Häusern im Besitz der Republik.

Schluß mit den Auslieferungen von Deserteuren an Kriegsparteien! Keine Zwangsrekrutierungen!

Bosnische Männer, die vor dem Krieg nach Kroatien fliehen, werden aus den Zügen und Bussen geholt und zwangsweise in die kroatische Armee eingegliedert, die gerade auf Beutezug in eben diesem Bosnien ist (es wurde bereits eine "Kroatische Republik auf dem Territorium des 'unabhängigen' Bosnien ausgerufen!). Wir müssen Druck auf die österreichischen PolitikerInnen ausüben, daß sie die Herrschenden in Kroatien nicht weiter unterstützen. Und wir müssen die Menschen in Kroatien unterstützen, die gegen diese Zwangsrekrutierungen ankämpfen.

Solidarität mit den ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen in Jugoslawien! Unterstützung der Antikriegsbewegung! Für unabhängige Medien!

Die Kriegstreiber und -betreiber wollen den Krieg. Sie erzählen zwar unablässig, daß sie den Krieg führen müssen, um den Frieden herzustellen, tatsächlich aber bringen sie nichts als Elend über die Menschen. Die Menschen in Bosnien, in Kroatien, in Serbien wollen keinen Krieg. Es gibt Ansätze einer Antikriegsbewegung in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien. Wir haben das Beispiel von Menschen in Sarajevo gebracht, aber auch in Dörfern in Bosnien versuchen Menschen verschiedener Nationalität sich gegen jeden Angreifer zusammenzutun. Die Menschen wollen den Frieden, nicht den Nationalitätenhaß.

Sowohl in Belgrad, als auch in Sarajevo gab es Massendemonstrationen gegen den Krieg — in Sarajevo wurde auf friedliche DemonstrantInnen das Feuer eröffnet. In Kroatien gibt's bloß ein absolutes Minimum an Kundgebungen, aber nicht, weil es dort nur Kriegstreiber gäbe, sondern, weil in Kroatien ein Regime an der Macht ist, das jegliche Opposition zerschlägt. Alternative Zeitungen und freie Radios sind nicht zugelassen. PazifistInnen werden bedroht.

Nur die KriegsgegnerInnen können diesen Krieg beenden, deshalb müssen wir sie mit allen Mitteln unterstützen. Sowohl finanziell — Antikriegszentren, aber auch Frauenzentren sind von Schließung bedroht, da sie ihre Mieten nicht mehr zahlen können — als auch durch Kundgebungen gegen die KriegshetzerInnen hier im Land. Denn der Feind steht überall im eigenen Land. Tudjmann u.a. in Kroatien, Panic u.a. in Jugoslawien 3,... Mock und andere Kriegshetzer in Österreich.

Friedensmarsch nach Sarajevo

(TATblatt-Wien; World Peace & Relief Team; akin)

Eine Art Puffer zwischen den Streitparteien bilden, ohne sich für eine der beiden Seiten zu engagieren, das wollen die TeilnehmerInnen eines vom "World Peace & Relief Team" organisierten Marsch von Wien über Zagreb, Split nach Sarajevo.

Die ursprüngliche Planung sah vor, von Belgrad aus, zirka 20 Kilometer zu Fuß zu gehen, dann in Busse zu steigen, und die letzten 20 km wieder zu Fuß ins Zentrum der bosnischen Hauptstadt zu gehen. Die endgültige Route stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest.

Der Marsch soll ein Zeichen an die Welt sein, etwas zu tun. Und zwar eine Lösung zu finden, die ohne weitere Waffengewalt auskommt. Eine Lösung, die das Morden und den Terror, aber auch die ökologische Devastierung endlich beendet, ohne noch mehr Blut zu vergießen.

Geplant war, Wien am 15. September zu

verlassen. Die Dauer des Marsches wird auf eine Woche geschätzt. Verzögerungen (auch eine ein paar Tage verspätete Abreise aus Wien) sind aber sicher nicht auszuschließen.

Die Kosten für die Teilnahme belaufen sich auf ungefähr 4000 Schilling. Die TeilnehmerInnen sollten sich aber auch bewußt sein, daß dieser Friedensmarsch sehr gefährlich sein kann.

Bis dieses TATblatt erscheint, ist es wahrscheinlich zu spät, um noch mitzumachen. Trotzdem: Auskünfte gibt's beim

World Peace & Relief Team

Ramperstorffergasse 14/14

1050 Wien

Telefon: (0222) 55 23 84

Fax: (0222) 55 23 84

Ganz viel Liebe und Kraft (und Glück) den derzeit zirka fünfzig TeilnehmerInnen aus den verschiedensten Ländern, die das machen (wenn wir es auch nicht ganz fassen können)! ●

**"Schwarzer, Weißer,
Brauner, Gelber!
Endet ihre
Schlächterein!
Reden erst die Völker
selber,
werden sie schnell
einig sein."**

**(Bert Brecht:
Solidaritätslied)**

Kroatien: Tummelplatz für militante Faschisten

(Antifa Info)

Der seit mehreren Monaten herrschende Krieg in Jugoslawien ist für Außenstehende kaum zu durchschauen. Ursachen der Auseinandersetzungen werden von den Medien vereinfacht und auch den jeweiligen Interessen angepaßt. Die Situation in Jugoslawien genauer zu beschreiben, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, doch möchten ich auf die jüngere Geschichte Kroatiens kurz eingehen.

In Kroatien regiert seit 1990 die "Kroatisch-Demokratische Gemeinschaft". Unter Präsident Tudjman versucht die Kr.Dem. Gemeinschaft die Loslösung von Jugoslawien zu erreichen. Die nationalistische Politik findet u.a. darin ihren Ausdruck, daß das alte Wappen der kroatischen Könige, welches auch das Zeichen der Ustascha war, zum Staatssymbol erklärt wurde. Und im Januar wurde das Urteil gegen den Nazi-Kollaborateur Stepinac vom kroatischen Parlament für ungültig erklärt.

Zudem sind Teile der Polizei und die früheren sogenannten Territorialeinheiten (zum Schutz der jeweiligen Region dienende Reservetruppen) in eine rein kroatische Nationalgarde umgewandelt worden. Darunter gibt es auch Spezialeinheiten wie die "Hos" die in der Tradition der faschistischen Organisation Ustascha steht. Die Ustascha wurde 1929 unter dem Einfluß des italienischen Faschismus gegründet. Nach der Besetzung Jugoslawiens durch faschistische Truppen wurde die Ustascha von diesen an die Macht des neugebildeten kroatischen Staates gesetzt. Nach dem Sieg der PartisanInnenbewegung und der Befreiung Jugoslawiens wurden die kroatische Faschisten unterdrückt. Dies änderte sich erst mit der erneuten Unabhängigkeit Kroatiens.

Faschistische Söldner im jugoslawischen Krieg

Das alles bietet einen idealen Nährboden für faschistische Organisationen. Der ehemalige Mitstreiter Le Pens, Michael Faci, alias Michael Leoup war als Söldner in Argentinien, Irak, Rumänien und nun in Kroatien tätig. Sein Ziel sei: "... für den Erhalt der weißen Rasse zu kämpfen und zu töten, und damit die Sicherung Europas". Mit zwei Freunden kam er im Herbst 1991 in Zagreb an, um sich dort von der Hos anheuern zu lassen. Nach eigenen Angaben befehligte Leoup eine 200-Mann-Einheit. Die meisten Männer dieser Einheit seien Kroaten, aber auch ca. 100 ausländische Freiwillige, darunter einige Deutsche und Österreicher, gehörten dazu.

Diese Aussagen deckten sich mit den Angaben des Bundesdeutschen Kriminalamtes (BKA). Demnach würden viele Söldner in den neuen Bundesländern ange-

worben werden. Insgesamt soll sich die Anzahl der deutschen Söldner auf 200 belaufen. Anfang des Jahres fand im Wiener "Kursalon Hübner" (anm. d. tipper: da war doch was im Tb -26 in Bezug auf den Kursalon ?!) ein Versammlungsort von Faschisten, eine Veranstaltung für ein "starkes und ethnisch reines Kroatien" statt. Am Ende der Versammlung kam es zu freiwilligen Meldungen zum Fronteinsatz in Kroatien.

Organisationen wie die Nationale Liste in Hamburg, Deutsche Alternative in Cottbus oder der Bayrische Nationale Block hatten bereits im Dezember 1991 Aufrufe veröffentlicht, es müsse nationale Solidarität mit kroatischen Söldnern geübt und Geld für Waffen, Munition und Sanitätsmittel gespendet werden. In diesen Aufrufen wurde auch für Freiwillige in Kroatien geworben. Die NSDAP/AO Zeitung "New Order" des US-Amerikaners Garry Lauk rief ebenfalls zur Unterstützung der kroatischen Milizen auf.

Mitte Januar sollte sich eine 50-Mann starke Gruppe aus Österreich auf den Weg nach Kroatien machen. Einige Verhaftungen, darunter auch Gottfried Küssels (VAPÖ, Führungsgruppe der GdNF), führten zu einer Neuorganisation des ganzen Unternehmens. Offiziell handelt es sich um eine Sanitätsgruppe, denn nach österreichischem Recht droht Söldnern im Auslandseinsatz der Entzug der StaatsbürgerInnenenschaft. Gerhard Endress (bekannter Wiener Rechtsextremist): "Wir schicken ein zur Verteidigung bewaffnetes Sanitätskorps nach Kroatien." Um Schwierigkeiten mit den Behörden zu vermeiden, treffen sich die Söldner auf neutralem Gebiet, also Schweiz oder Lichtenstein.

Wie brisant die internationale Beziehungen der Faschisten in Kroatien sind, wird auch durch den Tod zweier Journalisten, die hierzu recherchierten, belegt. Der Tod der beiden Journalisten im Osten Kroatiens wird mit den faschistischen Söldnern in Verbindung gebracht. Zunächst wurde der

Journalist Christian Wurtenburg ermordet, der sich Zugang zu der internationalen kroatischen Brigade verschafft hatte. Als sein britischer Kollege, der Fotograf Paul Jenks, sich auf die Suche nach Tätern und Hintergründen des Mordes machte, wurde auch er mit einem Gennickschuß umgebracht.

Unterstützung durch Tudjmann Regierung

Die Regierung Tudjmann unternahm bisher nichts gegen den Fronteinsatz europäischer Faschisten. Im Gegenteil: Am 5.5.91 empfangen kroatische RegierungsvertreterInnen eine Delegation Abgeordneter der extremen Rechten Rechten im Europäischen Parlament. Darunter waren Le Pen und Harald Neubauer (führender Kopf der Deutschen Liga für Volk und Heimat). Dazu der Berater von Tudjmann, Hrvoje Sosic: "Negative Einstellungen von Le Pen und seiner Partei sind Vorurteile, wenn nicht gar Verleumdungen aus bolschewisti-



Tudjmann (links)

schen Quellen". Neubauer sieht in der Souveränität Kroatiens einen ersten Schritt zur Neuordnung Europas — erst im Osten, dann im Westen. Er fühle sich als Vertreter einer Nationalistischen Vorhut.

Soche Einladungen der Tudjmann Regierung sind keine Ausnahme: Im Januar 92 besuchten belgische Abgeordnete des rechtsextremistischen Vlaams Block die kroatische Hauptstadt und die Kampfgebiete um Vukovar und Osijek. Es wurden große Übereinstimmungen mit der Regierung Kroatiens festgestellt.

Der Zusammenbruch der ehemals sozialistischen Staaten ermöglicht europäischer Faschisten fast unbegrenzt Spielraum. Nach Polen wird Propaganda-Material und Bürotechnik geliefert. Die deutsche NPD sucht selbst in Alma Ata (Kasachstan) Kontakte und leistet auch Hilfe beim Parteaufbau in Bulgarien. Das rechte Hetzblatt "Europa Vorn" wird in der Ukraine gedruckt. Ernst Zündel und Ewald Althaus (führende Faschisten) wollen nach Moskau fahren und dort ihre geschichtsrevisionistische Propaganda veröffentlichen.

Die Umvolkung des Faschisten Walter Ochensberger nach Spanien

(einige Antifas)

Im Juli dieses Jahres wurde das Urteil gegen den Herausgeber der neonazistischen Zeitung SIEG, Walter Ochensberger, vom Obersten Gerichtshof von 3 auf 2 Jahre Haft herabgesetzt. Nun ist es aber für Ochensberger an der Zeit, diese Haftstrafe anzutreten. Genauer gesagt, er muß bis zum 20. September im Gefängnis sein. Doch Ochensberger ist vom "deutschen" Boden verschwunden, nein gestorben ist er nicht, es tauchte in der 2. September ein Lebenszeichen von ihm auf: die neueste Ausgabe seiner rassistischen Zeitung SIEG.

In ihr bestätigt er, was der Standard schon im Mai 92 schrieb: er ist nach Spanien geflohen, wo er weiterhin seine antisemitische Zeitung herstellt und versendet. Da es sich um ein "politisches" Delikt handelt, muß Ochensberger auch nicht mit einer Auslieferung nach Österreich rechnen.

Ochensberger im neuesten SIEG zu seiner Flucht: "Jedoch die Häsher der israelhörigen Justizmafia werden den nationalen Patrioten Walter Ochensberger nicht hinter Kerkermauern bringen. Sein Tod wäre im dort gewiß."

Wir wollen hier nur nochmals erwähnen, daß Ochensberger schon im Mai 1992 öffentlich bekannt gab, Österreich zu verlassen und sich in Spanien niederzulassen. Damals sah der zuständige Staatsanwalt keine Fluchtgefahr, des mehrfach wegen einschlägigen Delikten vorbestraften Auschwitzleugners.

Warum eigentlich nach Spanien ?

Die ganze Geschichte beginnt mit der militärischen Niederlage des 3. Reiches. Zu dieser Zeit setzte eine massive Fluchtbewegung von Nazigrößen ein. Organisiert von der ODESSA (Organisation der ehemaligen SS-Angehörigen) unter dem aus Österreich stammenden Kriegsverbrecher und "Mussolini-Befreier" Otto Skorzeny, gelang es den meisten hochkarätigen Nazis mit Unterstützung des Vatikans und westlicher Geheimdienste ins sichere Ausland zu entkommen. Neben diesen organisatorischen Aufgaben sorgte die ODESSA auch für die Herstellung und Verbreitung nazistischer Propagandaschriften.

Viele Nazis ließen sich im Nahen Osten, Lateinamerika und dem ehemaligen faschistischen Franco-Spanien nieder. (anm. Franco, Franco zu Blanco !! — herzliche grüße an alle, die durch diesen Spruch an etwas erinnert wurden !!). Die dabei benutzten Kontakte und das ins Ausland geschaffte Geld, mit dem mehrere hundert Firmen gegründet wurden, dienten dann der Reorganisation des Faschismus nach dem zweiten Weltkrieg. Massive Unterstützung erhielten die untergetauchten Nazis von deutschen und österreichischen Großkonzernen. So wurde der Alt-Nazi und unermüdliche Nachkriegsnaaziaktivist Hans-Ulrich Rudel Generalvertreter der Firma Siemens in Lateinamerika, der Massenmörder Adolf Eichmann war in Lateinamerika Abteilungsleiter bei Daimler Benz. Der in Österreich steckbrieflich wegen Kriegsver-

brechen gesuchte Otto Skorzeny, Sabotagespezialist im Reichssicherheitsamt (RSHA) war sowohl für die Firma Krupp als auch für den verstaatlichten Stahlkonzern VOEST aktiv. Von der VOEST wurde er als Generalvertreter für Spanien und Lateinamerika eingestellt. Nebenbei "verdiente" er sich ein Zubrot als Waffenhändler.

Die in den westlichen Besatzungszonen verbliebenden hochkarätigen Nazis und Wehrmachtsoffiziere machten sich gleich daran, geheime Strukturen und die militärische Organisationen zu schaffen, um ihr altes Ziel im Kampf gegen die UdSSR doch noch zu erreichen.

Skorzeny in Spanien

Skorzeny verlegte sein Betätigungsfeld nach Spanien. Dort wurde er vom faschistischen Diktator Franco zur Tafel gebeten und widmete sich in speziellen Lagern der Ausbildung neofaschistischer Terrorkommandos.

Auch ein gewisser Karl-Heinz Hoffmann, der "Führer" der 1974 gegründeten Wehrsportgruppe Hoffmann unterzog sich einer solcher Ausbildung und zeigte später zusammen mit anderen "Wehrsportlern" in der BRD was er von Skorzeny in Spanien gelernt hatte. So standen tätliche Überfälle auf Antifas oder Linke-Projekte genauso am Wehrsportplan, wie Menschen zu ermorden. So war der Oktoberfestattentäter (1980, bei diesem Attentat starben neben

dem Nazibombenleger noch 12 weitere Menschen) Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Wehrsportgruppe wurde 1980 verboten und der "Führer" Hoffmann zu einigen Jahren Haft verurteilt.

Zurück nach Spanien, zu Otto Skorzeny, dieser gründete 1960 die paramilitärische neofaschistische Organisation CEDEDE (Circulo Espanol de Amigos de Europa — Spanischer Kreis der Freunde Europas). Der CEDEDE werden bis zu 3.000, militärisch gut ausgebildete MitgliederInnen zugerechnet. MitgliederInnen der CEDEDE treten beim alljährlichen neofaschistischen "Rudolf Hess Gedenkmarsch" (auch 1992) im deutschen Wunsiedel als spanische Abordnung auf. Weiters veranstalten sie jährlich in November an Francos Todestag ein internationales Treffen faschistischer "Führern", 1991 waren auch Österreichische "Führer" bei diesem Treffen.

Als Skorzeny 1978 verstarb, hinterließ er der CEDEDE sein Millionenvermögen in Form einer Stiftung.

Mit diesem Geld werden weltweit faschistische Gruppen und Personen unterstützt.

Die Schließung des Kreises

Ochensbergers Sieg wurde und wird seit Mitte 1991 in Spanien hergestellt und versendet. Absender: ein Postfach der CEDEDE.

Aber auch die von Gerd Honsik herausgegebene faschisten Zeitung HALT weißt seit Monaten als Kontaktadresse ein Postfach der CEDEDE aus.

Mal abwarten, ob er sich auch rechtzeitig vor dem Haftantrittszeit zu seinen Kameraden der CEDEDE umvolkt.

Übermalaktion

"Kernstock war ein Kriegshetzer und Faschist!"
Folgendes Briefert haben wir unlängst in unserem Briefkasten gefunden:

in der nacht auf den 7.juli 1992 haben wir alle (erreichbaren) strassenschilder am kernstock-platz (ecke ottakringerstr.-wattgasse, 16. bezirk/wien) übermalt und an verschiedenen gebäuden auf den grund unserer aktion hingewiesen.

47 jahre nach der zerschlagung der terrorherrschaft des faschismus in österreich gibt es in vielen orten österreichs noch immer plätze und strassen, die nach dem kriegshetzer und faschisten ottokar kernstock benannt sind.

von diesem schwein stammen neben dem nsdap-"hakenkreuz-lied" ("das hakenkreuz hat uns mit stolz und mut beseeelt...") eine masse von kriegshetzerischen "gedichten" besonders aus dem 1. weltkrieg.

wie aktuell seine hetz-reime sind, zeigt ein "gedicht" von 1915, in dem es heisst: "steirische holzer, holzt mir gut mit büchsenkolben die serbenbrut!..."

ausserdem stammt von kernstock die austrofaschistische bundeshymne ("...tan-nengrün und ährgold, deutsche erde wunder hold...")

die dutzenden kernstockstrassen und -plätze sind ein beispiel dafür, dass die ganze sogenannte "entnazifizierung" zwischen 1945 und 1948 bestenfalls eine kosmetische

aktion an der oberfläche war, und sich an der ganzen scheisse der rassistischen verhetzung der werktätigen nichts grundsätzliches geändert hat. das kapital und seine büttel verwenden nach wie vor den rassismus als instrument zur spaltung, um die solidarität der ausgebeuteten und unterdrückten zu hintertreiben. deshalb kommt auch heute bei den geringsten anlässen der ganze braune dreck von vor über 50 jahren immer wieder hoch.

zwar haben sich die formen des rassismus in den letzten 100 jahren etwas verändert, doch im kern ist alles gleich geblieben. darum ist es wichtig, nicht nur gegen die "neuen" formen des rassismus zu kämpfen, der heute vor allem vom bürgerlichen staat vorangetrieben wird (gegen menschen ohne österreichischen pass, gegen serben...). ebenso wichtig ist es, gegen den alten dreck der als "ewig gestrige" verharmlosten vorzugehen.

unsere malaktion soll auch zeigen, dass jede person mit geringen mitteln in ihrem grätzl was gegen rassistische verhetzung tun kann!

antirassistische aktion, 7.7.92

Ernst-Kirchwegger-Haus vor der Räumung?



(TATblatt-Wien)

Nach zwei Jahren Ernst-Kirchwegger-Haus droht nun die Räumung durch die KPÖ!!!!

Ein Blick in die Vergangenheit:

Im Juni 1990 wurde das Haus in der Wielandgasse 2-4 in Wien 10 von Autonomen, AusländerInnen, Obdachlosen und anderen Leuten, die einen Wohn-, Arbeits- und Lebensraum brauchten, besetzt. Seit 15. März 1991 gelten für einen Teil des Hauses Mietverträge, die mit der KPÖ ausgehandelt wurden. Von seiten der BesetzerInnen wurden auch Verträge über die restlichen Bereiche des Hauses gefordert, was von der KPÖ jedoch bis zum heutigen Tag — trotz positiver Absichtserklärung — nicht getan wurde.

Weder hat die KPÖ eine Zusammenarbeit mit den BenutzerInnen des EKH realisiert, noch sich an die ehemals gegebenen Zusagen gehalten; wie zum Beispiel die Bezahlung der bei der Renovierung und Instandsetzung entstandenen Kosten. Das einzige, was die KPÖ bisher zustande gebracht hat, war die Vergabe einer Wohnung für einen ehemaligen KPÖ-Portier des Hauses, die Einsetzung einer Kindergruppe und die Auflösung der Bezirksleitung der Bezirksgruppe 10.

Zu Beginn des Sommers kam von der KPÖ die Anfrage an die BenutzerInnen, ob zwei bosnische Flüchtlingsfamilien (Sinti-Roma) für zwei oder drei Monate in der BL (Bezirksleitung) wohnen könnten. Die BenutzerInnen stimmten dem zu, wollten aber weitere Gespräche für den Augenblick, wo die Familien wieder ausziehen würden. Das geschah bereits nach zwei Wochen und es entstand außerdem das Gerücht, daß die BL langfristig an den Verein "Romano Centro" für Büro Zwecke vermietet werden sollte. Darüber wurde allerdings mit den BenutzerInnen nicht gesprochen.

Als sich dann — ca. einen Monat später — zwei Arbeiter daran machten, eine Mauer aufzuziehen, die die BL vom übrigen Haus abgetrennt hätte, sahen sich vor allem Kurden dadurch bedroht und besetzten in dieser angespannten Situation die Räumlichkeiten der BL. Vorher war von autonomen BenutzerInnen bereits ein Termin mit dem Centro Romano zur Klärung der Vorfälle vereinbart worden.

Der Verein Centro Romano ging nun zur KPÖ, um Hilfe zu holen. Inzwischen war bei einem Gespräch zwischen KurdInnen, Autonomen und dem Centro Romano vereinbart worden, daß die BL dem Centro Romano übergeben würde, um mit ihnen gemeinsam für ein politisches Zentrum im EKH zu arbeiten.

Die KPÖ war bei diesem Gespräch nicht mehr anwesend — sie hatte inzwischen jegliche Gesprächsbereitschaft mit den Benüt-

zerInnen des EKH aufgeklärt.

Am 13. August flatterte allerdings ein Brief von einem gewissen Dr. Andreas Löw ins EKH, der sowohl die KPÖ als auch die KPÖ-eigene Firma WB-Immobilien Verwaltungs- und Entwicklungsgesellschaft m.b.H. "rechtsfreundlich" vertritt. In dem Brief wurden die BenutzerInnen aufgefordert, alle Räume, die nicht im Besitz eines Mietvertrages sind, binnen zwei Wochen zu räumen.

Betroffen sind folgende Bereiche:

- Infoladen und Infocafe im Parterre
- 1. Stock: Cafeteria ((hier sind Flüchtlinge [Sinti und Roma] untergebracht und das Beisl von politischen KurdInnen [ATIGF] eingerichtet)
- 2. Stock: Hier wohnen Flüchtlinge aus den verschiedensten Ländern
- 4. Stock: dort residiert die Volkküche
- außerdem Gänge, sanitäre Anlagen und Hof.

Was bedeutet das jetzt konkret?

Außer dem 3. Stock und dem großen Saal im Keller, dem Rechtshilfe-Raum und dem darüberliegenden Beisl, müssen alle Bereiche innerhalb von zwei Wochen geräumt werden. Die KPÖ hat zwar langfristige Mietverträge vor Jahren versprochen, diese Versprechungen jedoch nie wahr gemacht.

Folglich würden Flüchtlinge, die derzeit im EKH wohnen und teilweise offene Asylverfahren haben, ihre Wohnräume verlieren, und da sie nicht in der Bundesbetreuung leben, Gefahr laufen abgeschoben zu werden.

Die in der ATIGF organisierten KurdInnen würden, statt endlich ihre seit zwei Jahren versprochenen Mietverträge zu erhalten, rausfliegen.

Infoladen und Kindergruppe würden auch keinen Platz mehr haben.

Die KPÖ versucht augenscheinlich über ihre Immobilienfirma das EKH zu einem gewinnbringenden staatlichen Flüchtlingshaus zu machen. Derartige Verhandlungen mit der Gemeinde sind bereits im Gange. Die KPÖ will das EKH zu einem unpolitischen AusländerInnenhaus umfunktionieren und damit saftig Gewinn machen. (Als hätten sie nicht schon genug Geld!)

Wie menschlich auch immer zum EKH stehen mag, ob es jetzt verwahrlost ist oder nicht, oder ob es auch den Hygiene- und Ästhetikansprüchen einiger Leute gerecht wird oder nicht, bleibt es trotzdem ein wichtiger Freiraum, in dem gearbeitet werden kann, Konzerte veranstaltet wurden, die Rechtshilfe jeden Donnerstag ihre Pforten öffnet, menschlich gut und billig am Wochenende essen kann. Im EKH können Flücht-

linge leben, ohne sich der staatlichen Repression unterwerfen zu müssen, es wird Flüchtlingen auf nicht-staatliche Art und Weise geholfen sich zu organisieren, gemeinsame politische Arbeit zu machen etc.

Es entspricht der politischen Scheinheiligkeit der KPÖ, daß sie AusländerInnen (in dem Fall Sinti und Roma) dazu benützt, um die BenutzerInnen des EKH zu spalten und das EKH zu einer weiteren saftigen Geldeinnahmequelle zu machen!!!

Deshalb fordern die BenutzerInnen des EKH:

- Mietverträge für alle jetzt von der Räumung bedrohten Bereiche, gleichlautend den schon vorhandenen Verträgen
- Politische Verträge für ein politisches Zentrum; symbolische Miete ÖS 1,- und Bezahlung aller gerechtfertigten Betriebskosten durch die HausbenutzerInnen
- Abschluß der Verträge zwischen KPÖ und den jetzt das Haus nützenden politischen Gruppen; und Mitsprache- und Vetorecht bei allen Neuvermietungen zur Gewährleistung einer konstruktiven Arbeitsebene
- Einhaltung aller schriftlichen und mündlichen Abmachungen durch die KPÖ (Ausbau Veranstaltungsbereich, Renovierung und bautechnische Instandsetzung des Hauses)
- Miethaie zu Fischstäbchen! (Wo blieb die Forderung nach Abhaltung der Weltrevolution???)

Um diese Forderungen durchzusetzen, wurde eine Plattform gegründet, um mit deren Hilfe Druck auf die letzten Reste der KPÖ-Basis auszuüben. An dieser Plattform sind bis jetzt beteiligt:

Kindergruppe Rotznase, Verein für Gegenkultur, TATblatt, Flughafensozialdienst, ATIGF, Grundorganisation Ernst-Kirchwegger-Haus, Infoladen Favoriten, Polnisch-österreichisches Hilfskomitee, Verein zur Betreuung von Flüchtlingen, Radio Durruti, CHUZPE, Autonome Selbsthilfe, Verein Asyl, KAI, Infoladen Wien, Autonome Antifa, Antifa Wien, Radio Stinky.

Alle Initiativen und Organisationen, sowie Privatpersonen und andere Gruppen sind aufgerufen, sich an der Plattform zu beteiligen, um die drohende de-facto-Räumung des EKH zu verhindern!!!

Das EKH bleibt, sonst kracht's!!!!

Feuer am Semmering

(TATblatt-Wien)

„Schon seit altersher war es in den Alpen ein streng geachteter Brauch, in Zeiten der Gefahr auf den Berggipfeln Signalfeuern anzuzünden. Dieser Brauch hat sich bis heute erhalten — nur sind es heute andere Vorzeichen, die zum Setzen von Signalfeuern veranlassen: schrankenloser Verkehr, touristische Übererschließung, Raubbau an der Natur und Zerstörung unserer Umwelt. Feuer in den Alpen werden schon seit Jahren regelmäßig Anfang August aufgrund der anhaltenden Umweltzerstörung gesetzt. Feuer war diese Initiative einmal nicht nur auf die Schweiz und Westösterreich beschränkt...“ So erklärt das Einladungsflugblatt der „Alliance for Nature“ die Tradition jener Aktion.

Dem überaus gut organisierten „Feuer am Semmering“ wohnten mehr als hundert Semmering-BewohnerInnen und DemonstrantInnen aus Wien, Niederösterreich und der Steiermark bei. Gegenstand des Protestes war der drohende Bau des Semmering-„Basistunnel“ als Ersatz für die denkmalgeschützte Ghega-Eisenbahn (siehe dazu auch den ausführlichen Artikel in TATblatt minus 31), und der geplante Lückenschluß der Semmering-Bundesstraße S6 mittels dreier Schnellstraßentunnels (so zumindestens war es im Flugblatt der „Alliance For Nature“ angekündigt).

Vom Bahnhof Payerbach-Reichenau führen 2 Busse und zahlreiche PKWs zu einem Signalfeuere beim Fleischmann-Viadukt im Unteren Adlitzgraben. Von dort wurde in einem Fackelzug über Breitenstein zum Viadukt über die Kalte Rinne gezogen, welches eindrucksvoll in feuerrotem Schein lag. Die Polleroswand trug zig-Meter-hohe Parolen, welche vom gegenüberliegenden Hügel dorthin projiziert wurden. Untermalt wurden die Bilder vom dezenten Klang einer örtlichen Blasmusikkapelle und einigen Reden.

Das Ärgerliche...

...an der Aktion war, daß entgegen der Flugblattankündigungen doch wieder einmal nur der Eisenbahntunnel Thema war. Gerade am Semmering, wo gleichzeitig auch die Bundesstraße S6 brutalst durch die Landschaft gebaut wird — bekanntestes Beispiel ist die schon in Betrieb befindliche Bröselbrücke bei Schottwien —, die eine starke Vermehrung des Straßenverkehrs über den Semmering zur Folge haben wird, ein schwerwiegender und einige Fragen aufwerfender Fehler.

Die verkehrsgeographische Lage des Semmerings verlangt dringlichst eine gesamtverkehrspolitische Herangehensweise. Alles andere unterstützt — egal ob gewollt oder ungewollt — die Propaganda der Straßenlobby und der Bauwirtschaft. Gerade am Semmering ist es wichtig, alle Probleme des Verkehrs aufzuzeigen und sich gegen alle Aus-

wüchse zu wehren. Es gilt auch und vielleicht vor allem aufzuzeigen, daß Verkehr in immer steigendem Ausmaß unnötig und vermeidbar ist, und daher auch vermieden werden muß. Bekanntlich werden Produkte im Laufe ihrer Herstellung mehrmals durch halb Europa herumgekart, um nur ja überall die billigsten Produktionsmöglichkeiten auszunutzen zu können und die teuer Lagerhaltung auf die Straße zu verlagern (Just in Time).

Die derzeitige Ausrichtung der Protest-Aktivitäten läßt schon die einfachste Darstellung der Zusammenhänge vermischen, was einen gewaltigen Rückschritt der bislang hauptsächlich gegen Autobahnprojekte gerichteten Anti-Verkehrskritik darstellt.

Dies soll nun aber keine Kritik an jenen Leuten in der Semmering-Region sein, die berechtigterweise aufstehen und sich wehren. Es soll eine Kritik sein, an jenen, die es wider besseren Wissens verabsäumten, die Zusammenhänge in klarer verständlicher Weise in die Aktionen einzubringen (also auch eine Kritik an uns selbst).

Da der Widerstand sich durchaus auszuweiten verspricht, ist es aber sicherlich noch nicht zu spät...

Stadtringlücke in Berlin

Die Folgen der „Deutschen Einheit“ sind in Berlin-Kreuzberg unübersehbar geworden. Die Wohnungspreissteigerungen des vergangenen Jahrzehnts werden von den aktuellen Gewinnspannen der 3Reichshauptstadt-Spekulanten zu Taschengeldern gestempelt.

Die Umstrukturierung ist aber nicht allein eine Sache des schleichenden Bevölkerungsaustauschs, sondern manifestiert sich gerade in Kreuzberg an einer Vielzahl von „abgedrehten“ Sozialinitiativen und politischen Projekten. Kein Stadtteitzentrum, kein Zeitungsprojekt und kein Betrieb in Selbstverwaltung, der oder das nicht mit dem

das ehemalige Zentrum der HausbesitzerInnen-Bewegung wollen die neuen Reichshauptstadt-PlanerInnen eine 8-spurige Straße ziehen; als Teil eines „Innenstadtringes“, der täglich mehrere zehntausend Atem-

der Stadtpolitiker mit völliger Billigung der Wohnumgebung...

Seitdem reißt die Welle der Volkssporttreibenden nicht ab, auch wenn Rund-um-die-Uhr-Baustellen-Bewachung zu neuen Aktionsformen zwingt.

Die StadringgegnerInnen fordern den Ausbau des (Ost-)Berliner Straßenbahnnetzes und die Wiedereröffnung der nach dem Mauerbau eingestellten S-Bahn, deren Oberbaumbrücken-Geleise in den PlanerInnen-Köpfen dem Stadtring zum Opfer fallen. Die Brücke soll nur dem öffentlichen und nicht-motorisierten Individual-

Verkehr zur Verfügung stehen.

Oberbaumbrücke bleibt Stadtringlücke.....!

Antifaschistische Demonstrationen

in...

...Göttingen, am Fr., 2. Okt.

Die „Deutsche Einheit“ geht nun in ihr drittes Jahr. Und für die Wenigsten dürfte das ein Grund zum Feiern sein!

Quasi als Fortsetzung einer Reihe von Antifaschistischen Demonstrationen in den Jahren 1990 („Nie wieder Deutschland“) und 1991 („Wider den Zeigeist“) steht die Demonstration am 2. Oktober unter dem Motto „Schafft die antifaschistische Einheit“. In Flugblättern versuchen die OrganisatorInnen einen inhaltlichen Bogen zu spannen vom gegenwärtigen Erstarken faschistischer Gruppen in der BRD über §129a- („Antiterror-“) Verfahren gegen aktive AntifaschistInnen in Göttingen zu mit der „Deutschen Einheit“ in Zusammenhang stehenden Themen wie Abtreibung, Verdattung der Menschen in der ehemaligen DDR und der restriktiven Drogenpolitik der BRD.

...Brüssel am Sa., 24. Okt.

Diese Demonstration ist der Versuch verschiedener sozialdemokratischer antirassistischer Initiativen, europaweit auf des Erstarken faschistischer Gruppen zu reagieren. Ehrlich gesagt haben wir bis auf Plakate von dieser Demonstration noch nicht viel mitgekriegt. Die Plakate aber sind recht verheißungsvoll. Welche immer schon einmal nach Brüssel wollten sollten sich die Chance nicht entgehen lassen und sich bei der Sozialistischen Jugend melden. Hin- und Retour gibts für 200 Öschis.



gift-Zerstäuber vom Stadtzentrum-West (Kurfürstendamm, und in Zukunft Potsdamerplatz mit neuen Mercedes-Benz und Sony-Hochhäusern) zum Stadtzentrum-Ost (Alexanderplatz) schleusen soll.

Schwachpunkt aus Sicht der StadtplanerInnen ist die sogenannte Oberbaumbrücke. Die ehemals im hintersten, abgelegensten Eck Westberlins gelegene Brücke diente bis zur „Wende“ vornehmlich zum Austausch von Spionen und war in diversen Spionagefilmen als Ver sinnbildlichung des „kalten Krieges“ verewigt worden: Morgengrauen, kalt, düster, nebelig....

vor allem nebelig vor den Augen wird es den BewohnerInnen der umliegenden Stadtviertel, wenn sie an den Lärm und die Abgase der Zukunft denken.....

Im Frühsommer besetzten Betroffene die Brücke und ernteten überraschend viel Applaus aus der Umgebung. Die polizeiliche Räumung am 8. Juli war die Folge.

Hatten aber die PolitikerInnen von SPD und CDU auf unüberbrückbare Gegensätze zwischen autonomen „GhettobewohnerInnen“ und grünlich schimmernden Stadtteilgruppen gesetzt, wurde die

Oberbaumbrücke zur Brücke zwischen Militanten Gruppen und UmweltschützerInnen. Nunmehr finden allsontäglich Spaziergänge mit Volksküche und Infos zu Verkehrs- und Umweltthemen statt, die sich zu einem wahren Volkssport entwickelten. Mitte August etwa nahmen an die 30 Personen einen Sonntagabend zum Anlaß, um hundert Meter

Baustellengitter in die Spree zu befördern und den ehemals hinter dem Zaun gelegenen Bagger per Molli zu zerstören. Zum Entsetzen



Gedanken an Zusperrern „spielen“ muß. Zur Umstrukturierung über Wohnraumverteuerung gesellt nun auch noch die Drohung mit Autolärm und -Abgasen: Mitten durch

OÖ: Junger Türke verletzt — Arzt und Gendarmarie ließen ihn abblitzen

(Kanal)

Perg: "Mit meiner Tochter brauchst du dich nicht abgeben", sagte sinngemäß der Baumeister Knoll Johann aus Perg im Lokal "Seitenblicke" und schon hatte Erkan, ein 20-jähriger in Österreich geborener und lebender Türke einen Schlag im Gesicht, der ihm vom Sessel haute. Allein die Tatsache, daß er mit Freunden auf einem Tisch in der Nähe seiner Tochter saß, genügte dem alkoholisierten Herrenmenschen, um zuzuschlagen. Erkan wäre körperlich in der Lage gewesen, zurückzuschlagen, hielt den Gewalttäter daraufhin nur fest und forderte den Kellner auf, daß er ihn aus dem Lokal verweisen soll.

Als Erkan wegen seines geschwollenen Gesichts zum Arzt gehen wollte, sah er Knoll in seinem Auto telefonieren. "Rufst leicht den Arzt an damit er's vertuscht?" fragte Erkan ahnungslos. Als er vom Arzt Dr. G. die Verletzung feststellen lassen wollte, leuchtete ihn dieser mit der Taschenlampe oberflächlich an und sagte, er sei nicht verletzt und könne daher keine Meldung an die Gendarmarie machen. Tatsächlich hatte der Baumeister seinen "befreundeten" Kollegen angerufen und ihn instruiert, was läuft. Verblüfft über soviel Hinterhältigkeit, wollte er eine Anzeige bei der Gendarmarie machen: "Wir können nichts tun, wenn der Arzt nichts meldet" wimmelten sie ihn ab. Daß sein Gesicht geschwollen war, war offensichtlich und nach Tagen noch erkennbar. Was kümmert schon ein Türke, der Ruf eines "angesehenen Bürgers" ist schon wichtiger. Hier steckt die kleinbürgerliche Scheißmoral unter einer Decke: strafrechtlich hat der Herr Knoll eine Beleidigung begangen, weil er Erkan in der Öffentlichkeit geohrfeigt hat. Zweitens das Delikt der Körperverletzung, der Arzt hat seine Amtspflicht wegen Vertuschung verletzt, die Gendarmarie hat die Pflicht (auch ohne Meldung des Arztes) eine Anzeige entgegenzunehmen, mindestens einen Aktenvermerk anzulegen, verletzt. Aber anscheinend gilt rechtlicher Schutz für MigrantInnen nicht, sie sind Freiwild der yuppie-mäßigen Herrenmenschen.

Dritter Versuch: Termin im Prozeß gegen Renate S.

Der erste von uns angekündigte Termin fiel dem Urlaub zum Opfer, der Zweite dem Druckfehlerleufel. Der angekündigte Termin (30. August) war aber glücklicherweise ein Sonntag. Allzuvielen werden also nicht vergeblich vor dem Einserslandl auf Renate gewartet haben. Nun aber der wahre, der echte, der richtige Termin: Der Prozeß gegen AKIN-Mitarbeiterin Renate S. findet am 30. Oktober um 11 Uhr 30 statt (hab'ich gerade noch in der AKIN nachgelesen — eventuelle



Fehler liegen nicht in unserer Verantwortung).

Renate wird vorgeworfen, für den Abdruck jenes Inserates in der AKIN verantwortlich zu sein, in dem im September 1991 245 Menschen die Mißachtung von Militärgesetzen gefordert hatten. Renate hatte sich vor dem Untersuchungsricht er zum Inhalt des Inserates bekannt und muß sich für ihre Meinung nun vor Richter Ernest Maurer verantworten. Die Verhandlung gilt scheinbar als Generalprobe für einen möglichen Massenprozeß gegen die UnterzeichnerInnen und die Verantwortlichen jener Zeitungen, in denen der Aufruf als Inserat veröffentlicht worden war. In diesem Zusammenhang verweise ich (der Kurzmeldungskürzer) noch auf den grandiosen Artikel über die Polizeiaktionen gegen das TATblatt und seine WiederverkäuferInnen in dieser Ausgabe. Und noch etwas: Ernest Maurer, als Sinowatztöter in die Analen der Rechtsstaatwahrer eingegangen, hat sich auch in anderen Kreisen Lorbeeren verdient. Die Urteile des honorigen Herrn weisen bezüglich der unterschiedlichen Behandlung rechtsradikaler (ANR-) und linker, alternativer oder fortschrittlicher Angeklagter eine gewisse Signifikanz auf (nachzulesen im Buch: "Im Namen der Republik"). Doch

dabei ist es immer mit rechten Dingen zugegangen, denn das Oberlandesgericht Wien hat die Urteile geprüft und fast alle unverändert belassen.

Küssel will abspecken!

Seine deutschen Körper stählen und vom reichlichst vorhandenen Speck befreien will Neonazi Gottfried Küssel (zur Zeit außer Dienst gestellt). Stichtag ist der 7. Oktober, genau neun Monate nach Verhängung der Untersuchungshaft. Sollte er nicht spätestens an diesem Tag aus der Haft entlassen sein, will er in den Hungerstreik treten.

In einem Flugblatt befürworten seine Fans den Fastenplan des dicken Nazi-Führers, "obwohl wir um sein Wohl natürlich besorgt sind". Die werten LeserInnen werden belehrt, daß Gottfried Küssel's Schicksal kein Einzelschicksal ist (womit sie nicht ganz unrecht haben: er teilt es vor allem mit hunderten AusländerInnen). "Heute kann es Dich, morgen mich, übermorgen alle treffen..." Im Namen aller "freiheitsliebender Deutscher und Europäer" fordern sie: "Freiheit für Gottfried Küssel!! Freiheit für unser

di und Freiheit) dem spanischen Staat Verhandlungen über das Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen an. Bereits am 10. Juli hatte sie einen einseitigen zweimonatigen Waffenstillstand verkündet und politische Verhandlungen auf neutralem Boden gefordert. Als einzige Antwort des Staates auf ihr Angebot seien Verhaftungen in Zusammenarbeit mit der französischen Polizei durchgeführt worden, erklärte ETA in einer am 18. August veröffentlichten Erklärung. In der selben Erklärung kündigte sie die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes an, solange der Staat nicht auf die Forderung nach substantiellen Verhandlungen eingeht.

Grenzblockade zwischen Nordwest- und Südkurdistan

Am 29. Juli verhängte die ARGK (Volksbefreiungsarmee Kurdistans) eine Grenzblockade zwischen dem türkisch besetzten Teil ihres Landes (Nordwest-Kurdistan) und der sogenannten "Sicherheitszone" im ehemals irakisch besetzten Teil Kurdistans (Südkurdistan). Auf



Übrigens: etwa 30% der PKK-KämpferInnen sind Kämpferinnen

Volks!" Zumindest letzteres ist auch in unseren Sinne: Etwa die Freiheit des Volkes von Neonazis....

Eigentümer, Verleger und Hersteller des Flugblattes ist ein gewisser Roman W. Baumberger, Hildebrandgasse 17 in Wien 18.

ETA bietet weiter Verhandlungen an!

Auch nach Ende der Olympischen Sommerspiele bietet die Baskische Befreiungsorganisation ETA ("Euskadi ta Askatasuna" — Euska-

dem ersten Blick erscheint dies paradox: Im Süden verweigert das irakische Regime Lebensmittellieferungen in das kurdische Gebiet, im Norden verhindert die ARGK die Linderung der Not.

Doch der erste Blick ist trügerisch. Nach Ende des Golfkriegs und Einrichtung der "Sicherheitszone" durch Yankees und türkische Regierung versuchte die Republik Türkei mit allen Mitteln, das politische und wirtschaftliche Leben Südkurdistans unter seine Kontrolle zu bringen. Der Handel mit Südkurdistan, seit jeher ökonomisches Rückgrat der Region Botan (Gegend um Sirnak, Cizre, Uludere im Süden der "Republik Türkei"), wurde unter

dem Vorwand des Embargos gegen den Irak von einer "Spezialerlaubnis" Abhängig gemacht, die den Menschen Botans verwehrt wurde. Seither kontrollieren türkische Geschäftsleute die gesamte Versorgung Südkurdistans mit Lebensmitteln, Medikamenten usw.. Sie machen dabei auf schamloseste Weise von der Möglichkeit Gebrauch, die Preise in die Höhe zu treiben und die Bevölkerung ökonomisch auszuquetschen. Als Gegenleistung liefern die "Spezialhändler" der türkischen Regierung Informationen über die Bewegungen der Guerilla und lenken damit quasi die Bomber der türkischen Armee auf Ziele in Südkurdistan.

Seit Einrichtung der "Sicherheitszone" kommen durch diese Politik der türkischen Regierung immer nur gerade soviel Lebensmittel nach Südkurdistan, daß die BewohnerInnen nicht verhungern müssen.

Die Absichten der türkischen Regierung sind mehrschichtig:

• Zum ersten unterstützt die "Spezialerlaubnis"-Regelung den Plan der Regierung, Botan zu entvölkern. Ist der Geldhahn zu, müssen die Menschen über kurz oder lang aus Botan auswandern. Botan ist jenes Gebiet, in dem PKK und ARGK de-



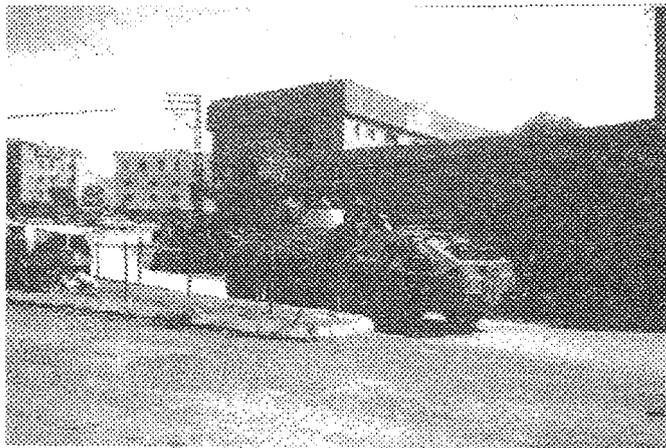
facto eine Doppelherrschaft etabliert haben und demnächst Wahlen abhalten wollen.

• Zum zweiten kann sie türkischen Handelstreibenden in einer Zeit der schlimmsten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg einen Zusatzprofit verschaffen und diese Gruppe fester an sich binden.

• Sicher nicht unbeabsichtigt ist auch, daß von dieser Politik Südkurdistan betroffen ist, welches über Jahrzehnte als Zentrum des kurdischen Widerstandes galt. Die zwischen zwei völkermörderproben Regimes eingekesselten Menschen Südkurdistans haben zur Zeit nicht gerade viele Wahlmöglichkeiten: Die Entscheidung läuft irgendwo zwischen irakischem Giftgas und türkischer Hunger-Politik.

Die Politik der ARGK und der PKK in Botan und der "Kurdischen Partei der Freiheit" (PAK) in Südkurdistan sucht einen dritten Weg: Die "Sicherheitszone" soll in eine Aufstandszone verwandelt werden. Das Embargo ist auch für die Republik Türkei nicht ohne Gefahren. Denn die beiden als Stärkste aus den Wahlen vom 20. Mai dieses Jahres hervorgegangenen Parteien KDP (Demokratische Partei Kurdistans

unter der Führung des Feudalherrn Barzani) und PUK (Patriotische Union Kurdistans unter Talabani) kooperieren offen mit der türki-



deutscher Panzer terrorisiert kurdische Kleinstadt

schen Regierung und drohen für den Fall einer Eskalation von "ihrem" Volk und teilweise sogar von ihren politischen Organisationen isoliert zu werden. Die Zusammenarbeit der KDP mit dem türkischen Regime (dessen Diplomatenpässe im Übrigen sowohl Barzani als auch Talabani tragen) ging sogar soweit, daß KDP-Kader linke, mit der PAK zusammenarbeitende PUK-Leute mit offener Billigung Talabanis ermordeten (z.B. der Mord an Sadik Ömer am 29. Juni 1992).

Die Voraussetzungen für ein Zusammenbrechen der türkischen Hungerpolitik gegenüber Südkurdistan sind also gar nicht schlecht. Ohne Barzani und Talabani als Vertrauensmänner hat die türkische Regierung in der Region nix mehr zu melden. Sie könnte der PAK, PKK und ARGK nicht einmal mehr Marionetten entgegenstellen. Vor die Wahl gestellt, entweder auf Barzani und Talabani oder auf die südkurdischen Extraprofite zu verzichten, müßte das Zivilregime in Ankara wohl vorübergehend auf das Geld zu verzichten versuchen. Den Menschen in Südkurdistan wie in Botan kann's dann nur recht sein.

Wie gesagt: Südkurdistan ist traditionell das Zentrum des kurdischen Widerstandes!

Sirnak: Kurdistan goes Armenien?

In den Jahren 1915/16 ermordeten Soldaten der osmanischen Armee (unter göttlichem Wegschauen österreichischer und deutscher Verbündeter) mehr als ein einhalb Millionen ArmenierInnen. Vorgehensweise und Situation scheinen sich zu gleichen: 1914 provozierte ein osmanischer Statthalter aus nichtigem Anlaß in der Stadt Zeitun einen "Aufstand" einer Gruppe von Deserteuren, um ein Massaker an Ar-

menierInnen zu rechtfertigen.

Zwischen 18. und 20. August 1992 griff aller Wahrscheinlichkeit nach eine Gruppe sogenannter Kon-

Terror gegen Slum-BewohnerInnen— Internationale Mobilisierung für "Küçük Armutlu"!

Die Lebenssituation der BewohnerInnen des Istanbuler Gecekondu "Küçük Armutlu" (Gecekondu = "über Nacht gebaut") verschlechtert sich zusehends. Nach den Polizei-Überfällen vom 20. und 22. Juni dieses Jahres (remember TATblatt minus 27) hat die Polizei die zwei von den BewohnerInnen selbst gebauten Schulen besetzt und zum Zentrum des Terrors umfunktioniert.

(TATblatt-Wien)

Es liegt nunmehr ein rechtskräftiger Räumungsbescheid (allerdings ohne festen Termin) vor, der von den eingeschulten Polizisten durchgesetzt werden soll. Das Gebiet, auf dem die BewohnerInnen ihre Häuser gebaut haben, gehört formell der Stadt Istanbul, dem Militär und der technischen Universität. Und je nach dem, wen man fragt, ändert sich auch die angebliche zukünftige Nutzung des Gebiets. Während das Militär einen Raketenstützpunkt einrichten will, plant die technische Universität ein neues Institutsgebäude und die Stadt Istanbul die Errichtung von Wohnhäusern. Realistischerweise aber ist das Gebiet ein Spekulationsobjekt: Beste Wohnlage im Grünen, direkt am Bosphorus mit Blick auf das Istanbuler Stadtzentrum.

Die Besetzung der Schulen richtet sich gegen das "tägliche Leben" in der Siedlung: Panzer und sonstige Polizeifahrzeuge rasen in Höchstgeschwindigkeit über die nicht asphaltierten Straßen und Bremsen nicht für im Weg stehende BewohnerInnen. Nachts streifen Zivilpolizisten



fahrbaren Untersätzen in die Berge, die ebenfalls Ziele türkischer Bomber waren.

Zur Zeit sind allein in der Region Sirnak etwa 40 000 Menschen auf der Flucht vor der türkischen Armee.

in der Gegend umher und verprügeln und vergewaltigen "nach Lust und Laune", zerstören Häuser und Wohnungen und verschleppen jene, die für RädelführerInnen der (massiven) Organisierung des Volkes gehalten werden. Die Besetzung der Schulen wird ab 15. September die

Ausbildung der Kinder verhindern, die — als Folge der starken Organisierung im Gecekondu — den BewohnerInnen sehr wichtig ist.

Seit Anfang August besuchen ständig international bemenschte (na soll ich vielleicht "besetzt" oder "bestückt" schreiben?) Delegationen Kücük Armutlu. Ihre Ziele sind die Herstellung einer internationalen und innertürkischen Öffentlichkeit für die BewohnerInnen Kücük Armutlus und Gewährleistung eines gewissen Schutzes für die Menschen durch Anwesenheit von AusländerInnen. Dies ist bislang — mit Schwierigkeiten von ständigen Paßkontrollen bis vorläufigen, kurzen Festnahmen — gelungen. Eine Delegation aus drei österreichischen Frauen und einer Deutschen (mit 2 Kindern), die in der letzten Augustwoche Kücük Armutlu besuchte, wurde allerdings mit größerer Agression und gleich mehrmaligem Verprügeln und Bedrohen mit Vergewaltigung empfangen. Nach Einschätzung der BewohnerInnen soll der verschärfte Terror gegen die — offiziellen — Delegationen zukünftige DelegationsteilnehmerInnen verschrecken und damit ZeugInnen für womöglich knapp bevorstehende Räumungsversuche aus dem Weg schaffen. Die Menschen in Kücük Armutlu, die sich den Bau der Häuser, der Schulen, der Strom- und Wasserleitungen aus Krediten und Verzicht auch auf geringsten "Luxus" (wie Heizungen) quasi dem Mund abgespart haben, erklären, daß sie weiter um ihre Häuser kämpfen werden und nun bereit sind, in diesem Kampf auch zu sterben. "Wir können nirgendwo anders hingehen. Wir haben nichts zu verlieren!"

Die Delegationen werden fortgesetzt: Aufgerufen sind ALLE! Insbesondere gebraucht werden z.B. ÄrztInnen sowie Menschen mit speziellen Kenntnissen, die die Lebenssituation in den Gecekondu verbessern helfen können. InteressentInnen werden von uns an die "richtige Adresse" weitergeleitet!

In der nächsten Ausgabe des TATblatt gibt es ein der Festnahme des Herrn C. bei der Demonstration vom 12. September zum Opfer gefallenes Interview mit einer Teilnehmerin der österreichischen Delegation. Und ach ja....

Hakliyiz kazanacagiz!



ENDE

Zensur bei der MIG?

(Eine Art Entgegnung)

Liebe Leute!

Bevor wir auf den Inhalt des Artikels eingehen, möchten wir unserer Enttäuschung darüber Ausdruck verleihen, daß das TATblatt den Eindruck eines recherchierten Artikels vermittelt, ohne irgendjemanden aus dem Kreis jener MIG-Funktionäre und -Mitarbeiter die Möglichkeit einer Stellungnahme einzuräumen, die bislang, insbesondere im Zusammenhang mit dem Skandal um den Abbruch des Hauses in Leobersdorf, den Kontakt mit dem TATblatt hielten. Im Gegensatz zu der Behauptung im Artikel war es nämlich nicht der Vorstand der MIG sondern ein um Mitarbeiter und Angestellte erweitertes Gremium, welches mit klarer Mehrheit beschloß, die in Eurem Artikel abgedruckte Stelle aus der Zeitung zu nehmen.

Die Behauptung, diese "Zensur" würde mit der befürchteten Streichung von Fördergeldern begründet, kann nur als Unterstellung bzw. als bewußte Fehlinformation des Autors des Artikels im MIG-Info — da ihr in Eurem Artikel keine Namen nennt, wollen wir es auch so halten — bezeichnet werden. Es wurde zwar am Rande erwähnt, daß diese Befürchtung existiert, aber mit aller Deutlichkeit betont, daß dies allein keinerlei Begründung zur Nichtveröffentlichung eines Artikels wäre. Die Untragbarkeit des Versands des bereits fertiggedruckten MIG-Infos ergab sich durch die inhaltlichen Unrichtigkeiten des Textes. Auf diese Idee dürfte das TATblatt schon deshalb nicht gekommen sein, da dem Inhalt des Textes keine Zeile gewidmet wurde. Der Autor des Artikels im MIG-Info wollte mit der Formulierung, daß die Grünen aufgrund der sehr engen Verbindungen zu einem durchaus nicht zimperlichen Wiener Immobilienspekulanten kaum in der Lage sein werden, glaubwürdige und umsetzbare Initiativen im Kampf gegen die wachsende Wohnungsnot setzen zu können, den Eindruck einer Zusammenarbeit der Grünen mit aus den Medien bekannten Vertretern der Brutalomethoden unter den

Hauseigentümern erwecken. Diese Formulierung stieß auf das Unverständnis der Sitzungsteilnehmer, da der angesprochene Immobilienspekulant diese Praktiken schlicht und einfach nicht anwendet. Es gab in vielen Fällen, auch in Häusern, in denen die MIG Mitglieder vertrat, sehr konstruktive Lösungen für die Mieter, die mit Mieterterror (müßte wohl Vermieterterror heißen, Anm des Tipplers) nicht das geringste zu tun haben. Der Autor konnte auch keinerlei Fakten für seine Behauptung vorlegen. Darüberhinaus wurde den Grünen unterstellt, daß sie aufgrund dieser Beziehungen — mit denen offensichtlich eine gemeinsame Baufirma mit dem Wiener Stadtrat Choherr und eine Geschäftsbeziehung mit dem ehemaligen Bundesgeschäftsführer Strobl, also eine auf Einzelpersonen beschränkte Zusammenarbeit, angesprochen werden sollte — die ideologische Position der Hauseigentümer annehmen würde, was schlichtweg als Nonsens zu bezeichnen ist. Einige Sitzungsteilnehmer führten die gewählten Formulierungen auf die bekannt gestörten Beziehungen des Autors und des Redakteurs des MIG-Infos zu den Grünen zurück, die im MIG-Info nichts zu suchen haben.

Dem TATblatt dürfte es auch entgangen sein, daß die sowohl in Eurem Abdruck der Passage, als auch im versandten MIG-Info enthaltene Formulierung, daß endlich auch bei den Grünen erkannt wurde, daß das Problem "Wohnen" tatsächlich existiert und dementsprechend auch seinen parteipolitischen Stellenwert hat, eine Kritik an der lange Zeit geringen Anteilnahme der Grünen an diesem Thema darstellt.

Wir ersuchen Euch, diesen Leserbrief in ungekürzter Form abdruckend, da der Vorwurf der Zensur einen Verein wie der MIG, deren Funktionäre, Mitarbeiter und Angestellte über ein ausgeprägtes soziales und politisches Selbstverständnis verfügen, besonders hart trifft, und einer Klarstellung genügend Raum eingeräumt werden sollte.

Mit freundlichen Grüßen....
(9 Unterschriften)

Antwort des TATblatts:

Also ganz offenbar sind wir wieder einmal zu schlampig mit Informationen umgegangen, die an uns herangetragen wurden. Rein oberflächlich ist uns alles sehr plausibel erschienen. Sicherlich aber war es ein grober Fehler, daß wir nicht einmal das naheliegendste getan haben, nämlich einfach bei euch anzurufen, um eine Stellungnahme einzuholen, zumal ja zwischen TATblatt und MIG gute Kontakte bestanden haben und hoffentlich auch weiter bestehen werden.

Es ist uns klar, daß es für eine Zeitung wie dem TATblatt nicht ausreicht, in regelmäßigen Abständen derartige Fehler einzugehen, zu beklagen, und zu versprechen, daß sowas ganz bestimmt nieeee wieder vorkommt. Da sich solche Schlampigkeiten in letzter Zeit gehäuft haben, versuchen wir nun, einige Konsequenzen zu ziehen, wovon eine eine zusätzliche Artikelschlußbesprechung in der Produktionsphase der Zeitung ist, die es fortan geben wird. Da zu diesem Zeitpunkt nach Möglichkeit schon mindestens zwei Leute den Artikel korrektur-gelesen haben, können mutmaßliche Fehler noch kollektiv thematisiert und diskutiert, in weiterer Folge korrigiert (oder aber auch gemeinsam begangen) werden. Außerdem soll diese Schlußbesprechung in Zukunft verhindern, daß Artikel durch die übliche Nichteinhaltung der Abgabetermine vollkommen unbesprochen in die Zeitung kommen können, so wie es im Falle des Artikel "Zensur bei der MIG" der Fall gewesen ist.

Trotzdem kann und wird es auch weiterhin vorkommen, daß unberechtigte Vorwürfe und Kritiken im TATblatt stehen werden. Die Wahrheit ist nunmal kein meßbarer Begriff. Ganz selbstverständlich bietet das TATblatt aber auch stets Raum für ausführliche Antworten, Klarstellungen, Gegendarstellungen und Dementis.

Wie wollen uns für den Vorwurf der Zensur bei Euch entschuldigen und hoffen, daß die Zusammenarbeit zwischen uns nicht darunter zu leiden hat.

(FrauenFilmInitiative)

Über alle zeitlichen und künstlerischen Differenzen hinweg ziehen sich Mord, Gewalt und Verbrechen als gleichsam blutgetränkte rote Fäden durch die Filmgeschichte. Das diese blutigen Fäden aber eben nicht nur von Männern, sondern auch von Frauen gesponnen werden, setzt einen radikalen Bruch mit jener Friedfertigkeit und Passivität, die mit der patriarchalen Vorstellung des Weiblichen verbunden ist. Indem die egoistische, gewalttätige, kriminelle Frau ihr Leben in die eigene Hand nimmt, setzt sie sich entschlossen gegen die ungebrochene gesellschaftliche Bevormundung und Unterdrückung zur Wehr; eine Entschlossenheit, die im Mord wohl zu ihrer extremsten Ausdrucksform findet.

Freilich gehört auch die bedrohliche "femme fatale" zum Standardrepertoire künstlerischer Männerphantasien. Doch die spezifisch filmische Gegenwart dominanter Mutterfiguren, (männer-)mordender Vamps oder rücksichtsloser Verbrecherinnen vermag den ideologischen Erzählhorizont auch zu sprengen und Freiräume für die eigene Bilder und Wunschphantasien freizusetzen. Gerade das Kino stellt für eine solche Sprengung und Freisetzung einen besonderen sozialen Raum bereit — seine kokonartige Abgeschlossenheit erlaubt ein straffreies Phantasieren, das normative Klischees überwindet und ihnen die unberechenbare Dynamik des individuellen Begehrens entgegensetzt.

Diese, kritische Distanz und lustvolle Ironie gleichermaßen umfassenden, subversiven Lesarten werden von Frauen heute mit ebenso verstärktem Selbstbewusstsein verfolgt, wie die Produktion eigener Bilder. Im Kontext der Diskussion um weibliche (Mit-) Täterschaft, Gewalt von Frauen oder die tabubrechenden Dimensionen des weiblichen Begehrens haben die filmischen

Arbeiten Ulrike Ottigers, Birgit Heins oder Angela Hans Schleirls in vielfacher Hinsicht mit den vorherrschenden männlichen Traditionen gebrochen. Die politische wie ästhetische Dimension dieser Traditionsbrüche auszuiöten und deren gesellschaftliche Dynamik zu ergründen, hat sich das von 17. September bis 1. Oktober 1992 in Wien

Dem Facettenreichtum dieser "Verweiblichung" des Mordes versucht nicht zuletzt auch die kreative Gestaltung des Festivals gerecht zu werden: so kommen zum umfassenden Kinoprogramm — in dessen Rahmen auch ein eigener Kurzfilm- und Vidowettbewerb zum Thema stattfinden wird — eine Literaurmatinee mit deutsch-

sprachigen Autorinnen, Seminare mit psychoanalytischen, kunsthistorischen soziologischen und juristischen Schwerpunkten, "praktische" Workshops zur Ton-technik, zum Drehbuchschreiben oder zur Selbstverteidigung (sogar eine "Schießkunde für Faustfeuerwaffen" wird angeboten!) und ein Symposium mit dem Titel "Figuration des Todes — Weiblichkeit und Widerstand", an dem unter anderen Ingrid Strobl, Gerburg

Treusch-Dieter, Maja Turovskaja und Heide Schlüpmann teilnehmen. Zudem gibt es es zur Eröffnung des von der Wiener FrauenFilmInitiative (FFI) organisierten Festivals eine "Shotgun-Sisters"-Musikperformance von Lydia Lunch und Mia Zabelka, die Uraufführung des Gabriele Mathes-Films "Alarmstufe Rot" und die Präsentation des ebenfalls von der FFI herausgegebene BilderLeseBuchs "Mörderinnen im Film". Zweifellos ein einzigartiges Programm, das die "Mörderinnen" für alle, an einer starken öffentlichen Frauenfilmkultur und feministischen Wissenschaft Interessierten zur Pflichtveranstaltung machen sollte.

Mörderinnen-Frauenfilmfestival.
Eine Veranstaltung der FrauenFilmInitiative in Zusammenarbeit mit dem Filmcasino, VHS Stöbergasse Literaturhaus. Wien, 17. September bis 1. Oktober 1992.

Listen der Macht Mörderinnen

Was verbindet die habgierige Bette Davies in "The Little Foxes" mit der leidenschaftlichen Jeanne Moreau in "Mademoiselle"? Was haben Asta Nielsen der "Abgründe" und Delphine Seyrigs "Jeanne Dielman" gemeinsam? Was erfüllt Lizzie Bordens "Born in Flames" und Lina Wertmüllers "Camorra" gleichermaßen?

Es ist der Mord, der im Mittelpunkt all dieser Filme steht und es sind Gewalt und Verbrechen, die das Handeln ihrer Protagonistinnen bestimmen.

stattfindene FrauenFilmFestival "Möderinnen" zu Ziel gesetzt. Die Vielfalt der dabei präsentierten Mordgeschichten, Mordmotive und Mordarten quer durch die Filmgeschichte, Genres und Herkunftsländer verdeutlicht sowohl die historische Kontinuität als auch die kulturelle Bandbreite des todbringenden weiblichen Handelns. Das, Kinoklassiker vom Stummfilm bis zu aktuellen Mainstreamproduktionen, Avantgardefilme und Dokumentationen umfassende, Film- und Videoprogramm eröffnet eine beeindruckende und in vieler Hinsicht wohl auch ungeahnte Vielfalt an mörderischen oder auch komödiantischen Kontexten entspricht die Heterogenität der listig-ver-schmitzten, aggressiv-aufbegehrenden oder erotisch-leidenschaftlichen Mordschwestern. Die unterschiedlichen Ausdrucksformen weiblicher Gewalttätigkeit und die entmoralisierten Wunschbilder einer "zu allem entschlossenen" Weiblichkeit zeigen den radikalen Bruch mit den patriarchalen Rollenzuschreibungen an: der Mord wird buchstäblich weiblich.

bezahlte Anzeige:



Chlorfrei gebleicht

Die Papierindustrie ist auf eine ihrer Sünden gestoben, die sie natürlich nie begangen hätte: Die Chlorbleiche. Nun wird mit viel Tamtam chlorfrei gebleichtes Papier zum "neuen Umweltschutzpapier" hochgejubelt. Wir stellen ohne Tamtam fest, daß in einer ökologischen Gesamtbilanz Recyclingpapier aus 100% Altpapier nach wie vor um Längen voraus ist.

Das andere Papier. papierTIGER GmbH, 1070 Wien, Westbahnstr. 40, Tel. 5233071, Fax. 523307122.

Betrifft: TATblatt

Hallo Leute! Wir sind wieder da!

Die Sommerpause ist vorüber — ab sofort erscheint das TATblatt wieder alle 14 Tage.

Es hat sich einiges verändert, über den Sommer. Die wichtigsten Dinge wollen wir hier kurz vorstellen:

Zum einen wollen wir Konsequenzen ziehen aus einigen Falschmeldungen, die wir in letzter Zeit gebracht haben (siehe z.B. MIG-LeserInnenbrief in dieser Ausgabe). Zumeist lag die Ursache darin, daß die Artikel oder Hinweise viel zu spät zu uns gekommen sind und wir dann in der Hektik nur mehr schlampig und oberflächlich damit umgehen konnten.

Aus diesem Grund sind die altbekannten Termine ab sofort absolut und weitgehend ausnahmslos verbindlich: Artikel müssen spätestens am Donnerstag vor Erscheinen bei uns sein, und zwar so rechtzeitig, daß wir sie noch vor dem Plenum lesen können (Zeitpunkt bitte telefonisch mit uns ausmachen). Die Entscheidung bezüglich Erscheinen oder Nichterscheinen wird dann beim Plenum getroffen. Später gebrachte Artikel können daher ab sofort nicht mehr berücksichtigt werden.

Damit es aber leichter fällt, sich mit uns etwas auszumachen, ist geplant, endlich regelmäßige Bürodienste einzurichten. Außerdem haben wir nun einen telefonischen Anrufbeantworter, auf dessen Band du eine Nachricht und Rückruf-Telefonnummer hinterlassen kannst.

Die größten Änderungen diesen Sommers betrafen aber den technischen Produktionsbereich des TATblatts:

Da wir einerseits nicht mehr dort drucken können, wo wir es bisher getan haben, andererseits es uns nicht leisten können, bei einer professionellen Druckerei drucken zu lassen, waren wir gezwungen, uns etwas neues einfallen zu lassen. Tja, und das haben wir getan.

So gibt es ab sofort die "TATblatt-Druckerei", die über eine elektronische Druckmaschine verfügt, welche automatisch die Druckvorlagen einscannt und auf Druckplatten überträgt und auch sogleich zu Drucken beginnt. Die Qualität dieses neuartigen Druckverfahrens liegt irgendwo zwischen Offsetdruck und Kopie, die Betriebskosten liegen weit unter beiden. Die Anschaffungskosten von ca 180 000 Schilling wurden vorerst mal geliehen. Finanziell und organisatorisch ist die Druckerei vom TATblatt unabhängig, das TATblatt kann die Druckerei jedoch benutzen. Die Anschaffungskosten sollen durch Druckaufträge von außen halbwegs eingebracht werden. Die Preise sind für mittlere Auflagen zwischen 1000 und 4000 Stück günstig, genaue Infos gibt's während der Druckerei-Offnungszeiten.

Dieses TATblatt ist das erste, welches mit der neuen Maschine gedruckt wurde. Da wir noch keine Erfahrung damit haben, sind einige Unzulänglichkeiten leider sicher nicht ganz auszuschließen.

Ebenfalls neu angeschafft haben wir einen Scanner, der uns ermöglicht, die Fotos nicht mehr mittels Reprokamera sondern elektronisch zu rastern und zu bearbeiten, was die Produktionszeit des TATblatts stark verkürzen helfen soll. Etliche Neuerungen beim Layout durch neue Computer-Programme müssen noch etwas auf sich warten lassen, da wir da noch mit kleinen technischen Schwierigkeiten

kämpfen.

Etwas verspätet hat sich leider auch die flächenmäßig größte unserer Neuanschaffungen: Die automatische Zeitungs-Zusammentrag-, Falz- und Klammer-Maschine (um ca 80 000 Schilling). Zum händischen Zusammentragen und Falzen der TATblatt-Seiten waren bisher einen ganzen Nachmittag rund zehn Leute von Nöten. Da immer mehr TATblatt-MitarbeiterInnen aber in letzter Zeit gezwungen waren, nebenbei Lohnarbeitsverhältnisse andernorts einzugehen (bekanntlich gibt's für die TATblatt-Arbeit ja leider kein Geld, wir sind schon froh, wenn wir nicht allzuviel vom eigenen Geld in die Zeitung buttern müssen) hatte dieser Termin immer größere Schwierigkeiten bereitet. Die neue Maschine wird die Arbeit des Zeitungsversenden enorm vereinfachen, sofern es der Lieferfirma endlich gelingt, die seit Wochen angekündigte Maschine endlich mal "vorbeizubringen". Wegen der Übergröße der Maschine ist dabei dann übrigens mit Verkehrstaus und Behinderungen im Bereich Gumpendorferstraße zu rechnen. Es bedarf nämlich eines Kranes, der uns das Riesentrümm durchs Fenster ins Büro hievt.

Zur finanziellen Situation des TATblatts: Es schaut nicht ganz hoffnungslos aus.

Alle diese Neuerungen sollen es ermöglichen, daß das TATblatt wieder pünktlicher wird, und daß uns mehr Zeit für inhaltliche Arbeit bleibt. Mit anderen Worten: Wir wollen ein besseres TATblatt machen, wie bisher.

Was wir uns noch wünschen würden, sind mehr LeserInnen. Und mehr Abos (viel mehr Abos!).

Ein wichtiger Hinweis für alle, die die Abo-Erlagscheine einzahlen: Es würde uns den Zeitungsversand sehr erleichtern, wenn ihr auf den Erlagscheinen Euren Namen und Eure Adresse draufschreiben würdet. Bei einer Bevölkerung von rund 5 Milliarden Menschen ist es sonst fast unmöglich, den Abobeitrag richtig zuzuordnen. Der rechte Erlagscheinabschnitt ist der Teil, der zu uns kommt. Laßt Euch durch den verwirrenden Vordruck nicht verunsichern: Schreibt Namen und Adresse vollständig darauf, auch wenn die Zahl der Buchstabenfelder nicht ausreicht. Fiezelt alles d'rauf, wenn möglich aber leserlich. Für das neue Erlagschein-Design können wir nichts.

TATblatt-Verkaufsstellen:

WIEN 1: ● BH Kollisch (Rathausstraße 13) ● BH Südwind (Kiesblattgasse 4) ● BH Winter (Landesgerichtsstraße 20) ● Zeitungskiosk R. A. Keream (Kämntortorpassage — beim U4-Abgang) ● BH Zentralbuchhandlung (Stephansplatz) WIEN 2: ● BH Rive Gauche (Taborstraße 11b) WIEN 3: ● Bauern/Bäuerinnenhof-Produkt-Direktivverkauf „Unser Laden“ (Apostelgasse 17) WIEN 7: ● Platten Why Not (Kirchengasse) WIEN 8: ● EZA (Lerchenfelderstraße 18-24) ● Bio Makrokosmos (Strozzigasse 38) WIEN 9: ● BH Buchwelt (Schwarzspanierstraße 15) ● BH Reisebuchladen (Kolingasse 6) WIEN 16: ● Beisl Ct: Payergasse 14) ● Beisl B.A.C.H. (Bachgasse 21)
LINZ: ● Alternativladen (Zollamtsstraße 20) ● BH Alex (Hauptplatz)
INNSBRUCK: ● Am Haven (Innrain 157) ● Utopia (Tschamlerstr. 3)
SCHWERTBERG: ● Kulturverein KANAL (Josefital 21)
Änderungen vorbehalten! Stand September 1992

TATblatt-Abo:

einfach beiliegenden Erlagschein ausfüllen (Name und Adresse auch am rechten Abschnitt!!!) und einzahlen!
Preise innerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 140,- Öschis
20-Nummern-Abo: 270,- Öschis
außerhalb Österreichs:
10-Nummern-Abo: 200,- Öschis

Hier muß ever Name + Adresse rein.

schein-Design können wir nichts.

Tja und dann wünschen wir uns noch viele aktive MitarbeiterInnen, SchreiberlingInnen, HandverkäuferInnen, MundpropagandistInnen, SpenderInnen, usw. usf.

Euch wünschen wir dafür viel

Liebe und Kraft

bis zur nächsten Ausgabe

Einer vom TATblatt-Kollektiv

NEU:

TATblatt macht **DRUCK**

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag von 12 bis 16 Uhr

Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

1060 Wien

Telefon: (0222) 56 80 76

TERMINE

Wien:

TU:

(Pflicht)Filmreihe
500 Jahre Kolonialismus
500 Jahre soziales Elend und Öko-
kollaps sind Genug!
jeden Freitag 20 Uhr
im Porphaus der TU Treitlsstraße 3,
1040 Wien

Freitag, 18. Sept. 20 Uhr:
Que todos se levanten - Alle sollen
sich erheben (anm. Jawohl!)
BRD 91, 55 min
Doku über ein Treffen von Wider-
standsbewegungen aus Nord-,
Mittel- und Südamerika in Gu-
atemala-City 1991, anlässlich der
500-Jahr-Feiern. Soziales Elend-
Repression durch das Militär in
Guatemala.

Freitag, 25. Sept. 20 Uhr:
Verbrannte Erde - Neues Kalifornien
in Brasilien
1990, 30 min

Die amerikanische Landwirtschaft
kämpft mit den Problem der Erosion
durch falsche Bodennutzung.
Nun sollen diese Techniken der
großen Bewässerungsprojekte
mit gleichzeitigen Exportplantagen
auf einer Fläche in No-Brasilien
eingesetzt werden, in einem
Gebiet der Größe Frankreichs und
Portugals zusammen, dem
mensch bezeichnenderweise den
Namen "Neu-Kalifornien" gegeben
hat. Wasser ist das absolute
Privileg solcher Groß-Plantagen.
Die entlang der Kanäle wohnenden
Menschen dürfen keinen
Tropfen Wasser entnehmen. Die
intensive Bewässerung und unangepasste
Nutzung läßt den Boden
schneller erschöpfen, zwingt
ehemalige KleinbauerInnen zu
einem Dasein als TagelöhnerInnen.
Widerstand regt sich.

Das Geschäft mit dem Hunger
45 min
Auswirkungen der Politik der
Industrielländer am Beispiel Brasilien.

EKH:

1100 Wien, Wielandg. 2-4

Jeden Donnerstag ab 20.00:
Rechtshilfedisko (da gibts tolle T-
Shirts !)

Jeden Freitag ab 16.00: Antifa-Ca-
fe

Jeden Samstag und Sonntag ab
16.00: Info-Cafe (zeitweise gibts
auch was zum mapfen, aber kein
Fleisch und schon gar keinen Le-
berkäse)

Sa, 26.09: Internationales Solidaritäts-
fest im Wielandpark (10.
Hieb), bei Schlechtwetter im EKH;
von 14 bis 18 Uhr
mit Musik, Kultur, Essen, Trinken,
Politik, Kinderprogramm
gegen Rassismus und die EKH-
Räumungsbedrohung

CHUZPE:

1090 Wien, Marktgasse 21-23
Jeden Montag ab 19 Uhr: Voixkü-
che

Ab Di., 22.09.92, allwöchentlich wieder
"Die Psychiatrie den Psychiatern
- allein !" statt

Weiters sucht die Chuzpe Gruppen,
die die Räume nutzen wollen !!

HOSI-Zentrum:

1020 Wien, Novarag. 40,
Tel: 26 66 04; Tel. Beratung: Di, Do
und Fr

Mi, 16.09: Lesbengruppe,
19.00 Arbeitskreis: "Lesbengeschichte:
Lesben in der NS-Zeit"
Do, 17.09: Jugendgruppe, 19.00
Cafe Fliwatüüt
Sa, 19.09: Der Rosa Sept. Radausflug,
13.30 Treffpunkt: Schwedenplatz
Di, 22.09: Cafe Rose, 20.00 Kuchen
und Kaffee
Mi, 23.09: Lesbengruppe, Allg. Abend
Do, 24.09: Jugendgruppe, 19.00
JG goes U4 - Treffpunkt HOSI
Sa, 26.09: Rosa Sept., 21.00 HOSI
Clubing

Radfahren

Am Freitag:

(vulgo Raddemo) jeden Freitag,
16 Uhr, Treffpunkt: Radhausplatz

Arena:

1030 Wien, Baumgasse 80

Mi. 16.09, 20.00: Skinny Puppy
(CAN), Die Warsaw
Fr. 18.09, 20.00: Rock für ein
Waisenhaus
Sa. 19.09, 21.00: Badlands
Massacre
Di. 22.09, 20.00: Christian Death
(USA)
Fr. 25.09, 20.00: Body Count
(USA)
Sa. 26.09, 16.00: Global 2000 Fest

BACH:

1160 Wien, Bachgasse 21
alle Veranstaltungen ab 21.00

Fr. 18.09., Jungle Groove Forever
Sa. 19.09., KARG (A)
Mi. 23.09., Faunch Hands (A)
Sa. 26. und So. 27.09., BACH
Staffest, Beginn 11.00

Republikanischer

Club:

Rockgasse 1, 1010 Wien
Di. 15.09., 19.00
Veranstaltung des ÖIE: "Neue
Weltordnung - aber Welche?" von
Jose Lutzenberger

Ornettes Waggon am Bahnhof Liesing:

19.09.:
Tolles Waggonfest am Bahnhof
Liesing
Von 18.00-22.00 h
Anmeldung unter: 0222/402 69 55

Flex:

1120 Wien, Arndtstr. 51
23.09.:
M.G. Fireburg

Wiener Rathaus

(Volkshalle):

28.09. bis 18.10.:
Ausstellung: "Mexico - Stadt der
Frauen"
tägl. 10-18 Uhr,

Wels:

Alter Schlachthof:

Dragonerstr. 22

Fr. 18.09. 20.30, GVAR
Sa. 19.09. 21.00, Auf Gehts Fest (3
Bands)
Di. 22.09. 20.00, Young Gods
Do. 24.09. 20.00, Throw, That Beat
in the Garbage, Shy
Fr./Sa. 25/26.09. 21.00 Slaughter-
haus (CD-Liveaufnahme)

Linz:

KAPU:

Kapuzinerstr. 36

Fr. 18.09. 21.00 Ö3 The Dirt Radio
Show
Mo. 21.09. 7.00 Umbaubeginn
(viel Spaß dabei)

Schwertberg:

Kanal:

Josefital 21
Sa. 26.09., Citisen Fish (GB)

Das TATblatt

ist ein 14-tägig erscheinendes selbstveraltetes Informations- und Diskussionsorgan. Unser Ziel ist es aber nicht, irgendwelchen mystischen Objektivitäts- oder Ausgewogenheitsgebote zu entsprechen.

Ein Medium ist immer nur ein Medium derer, die in ihm als Handelnde vorkommen! In bürgerlichen Medien handeln Unternehmer, Hausbesitzer, Regierungsmitglieder oder in deren Vertretung Polizei und Militär. Jene aber, die gegen menschenverachtende Projekte und Politik Widerstand leisten, die werden geräumt, werden geprügelt und werden festgenommen; kommen also nur als passiv Erdulden und Erleidende vor, ohne eigenen Antrieb (ferngesteuert) und vor allem ohne politische Bedeutung (ohnmächtig).

Im TATblatt, und das soll der Name zum Ausdruck bringen, handeln jene, die Straßen blockieren, Häuser besetzen, ... eben Widerstand leisten. Und diese sollen am Besten auch gleich selbst und ganz und gar subjektiv von ihrem Handeln berichten.

Auch die Antworten zu Fragen über Für und Wider von Basislohn, Militanz, Volkszählung usw. werden wir uns nicht aus gebundenen Büchern herausuchen können; die müssen wir uns schon selbst suchen: Also miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein.

Das TATblatt ist ein Projekt in Entwicklung. Nicht nur die Rechtschreibfehler und die gegen Null laufende Nummerierung deuten darauf hin. Welche aber Rechtschreibfehler, die Suche nach einem eigenen Schreibstil oder die Auseinandersetzung mit widersprüchlichen Meinungen nicht abschreckt, die können an der Entwicklung eines unabhängigen linken Zeitungsprojekts mitarbeiten.

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro:
Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11

An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Achtung AbonnentInnen! Die im Adreßpickerl unterhalb deines Namens in doppelter Klammer angegebene Zahl ist die Nummer jenes TATblatts, die du als letzte im Rahmen deines Abos zugeschickt bekommst, wenn du nicht rechtzeitig verlängerst! Bei Fehlern oder Unklarheiten bitte bei uns anrufen oder uns schreiben!

Impressum

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, HerstellerIn und VerlegerIn:

Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1060 Wien; Gumpendorferstraße 157/11

Telefon: (0222) 568078 Konto: P.S.K. 7547 212

DVR Nr. 0558371

Druck: Eigendruck

Redaktionelle Beiträge sind als solche gekennzeichnet. LeserInnenbriefe und nicht als redaktionell bezeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion, sondern die der Schreiberin oder des Schreibers wieder.